

Zeitung für freie Meinungsbildung, Ethik und Verantwortung

für die Bekräftigung und Einhaltung des Völkerrechts, der Menschenrechte und des Humanitären Völkerrechts

Sich auf den Wert der Neutralität zurückbesinnen

Interview mit Nationalrat Franz Grüter, Mitglied der Aussenpolitischen Kommission

Franz Grüter
(Bild zvg)

Zeit-Fragen: Die zentrale Forderung der «Studienkommission Sicherheitspolitik» des VBS ist, «die Kooperation mit der Nato und der EU sowie mit den Nachbarländern auf die gemeinsame Verteidigungsfähigkeit auszurichten. Die militärische Zusammenarbeit im Ernstfall soll so weit wie möglich vorbereitet und mit den Partnern geübt werden.» Herr Nationalrat Grüter, wird die Schweiz sicherer, wenn sie mit der Nato und der EU zusammen den Krieg übt?

Franz Grüter: Ich glaube, gerade das Gegenteil ist der Fall. Einerseits ist diese Aussage eine Kapitulationserklärung. Denn sie bedeutet, dass unsere Armee gar nicht mehr fähig sei, die Sicherheit der Menschen in unserem Land zu garantieren. Das deckt sich auch mit den Aussagen des Armeechefs, Korpskommandant *Süssli*, der sagt, die Armee sei nur noch vier Wochen durchhaltefähig. Statt dass Frau *Amherd* den Fokus darauf richtet zu schauen, wie man die Armee wieder auf die Beine bringt, dass alle ausgerüstet sind, dass sie genügend Material, Bewaffnung, Munition haben, lenkt sie den Fokus komplett in eine andere Richtung und leitet die Teilnahme der Schweiz an Nato-Bündnisfall-Übungen in die Wege.

Nato-Bündnisfall-Übungen: völlig inakzeptabel!

Der Bündnisfall würde eintreten, wenn ein Nato-Mitgliedsstaat angegriffen würde, dann müssten die anderen Länder beistehen. Zum Beispiel müssten wir für den Fall, dass das Nato-Mitgliedsland Türkei angegriffen würde, mit Schweizer Soldaten üben, an der syrischen Grenze zu stehen. Das ist dermassen nicht vereinbar mit unserer bewährten Neutralität, dass man sagen muss: Es ist völlig inakzeptabel, in welche Richtung Frau *Amherd* die Armee zu lenken versucht.

Viola Amherds Studienkommissions-Bericht setzt noch eins drauf. Da steht schwarz auf weiss: «Die Schweiz hat bei einem Angriff auf ein europäisches Nato-Land und dessen Anrufen der Beistandspflicht nach Art. 5 im Grunde zwei Optionen: Sie kann sich auf ihre Neutralität berufen oder [...] ihre Neutralität aufgeben und sich an einer Verteidigung Europas beteiligen.»

Völlig inakzeptabel! Der Nationalrat hat die Teilnahme an Nato-Bündnisfall-Übungen im Juni abgelehnt. Ich hoffe, dass die Ständeräte zur Einsicht kommen und dies ebenfalls tun.

[Am 18.9.2024 hat der Ständerat leider gegenteilig entschieden; mw]. Ansonsten ist zu überlegen, ob man den Entscheid zur Teilnahme an Nato-Bündnisfall-Übungen allenfalls mit einem Volksentscheid bekämpfen soll, das ist durchaus eine Option.

Landläufig gilt die Meinung, die Nato sei ein reines Verteidigungsbündnis. Aber die Nato ist als Angriffsarmee unter der Führung der USA aufgestellt. Das sind keine Theorien, wie das Beispiel Afghanistan zeigt. Der Krieg in Afghanistan wurde 2001 als «Bündnisfall» der Nato begonnen, um eine «Erneuerungsregierung» einzusetzen. Muss sich die Schweiz in Ländern wie Afghanistan militärisch einmischen? Das ist komplett verantwortungslos. Auch die Bombardierung Libyens im Jahr 2011 unter Führung der Nato war ein solches Beispiel. Es wäre sicher nicht im Interesse der Schweiz, dass man in so etwas hineingezogen wird und am Schluss Schweizer Soldaten in Leichensäcken nach Hause kommen. Das ist die Realität.

Nato-Truppentransporte durch den Gotthard?

Laut Bericht der Studienkommission dürfte die Schweiz für die Nato «keine Sicherheitslücke» darstellen und müsse «bereit sein, substantielle Beiträge zur Sicherheit ihrer Partner zu leisten.» Heute geht es vor allem um die Teilnahme der Schweiz an «Military Mobility», einem sogenannten EU-Projekt im Rahmen von Pesco (Permanent Structured Cooperation), das der Bundesrat durchgewinkt hat. Dieses hat zum Ziel, «grenzüberschreitende Truppentransporte durch den Abbau administrativer Hürden zu vereinfachen.» In Wirklichkeit ist «Military Mobility» kein EU-Projekt, sondern ein verdecktes Nato-Projekt. Ich zitiere aus dem Bericht der Studienkommission: «Neben den EU-Mitgliedsstaaten beteiligen sich daran auch die USA, Kanada, Grossbritannien [trotz Brexit] und Norwegen.» Nato-Truppentransporte durch den Gotthard?

So ist es. Pesco ist eine Vorstufe zu einem EU-Verteidigungsbündnis. Aber hier sieht man, dass gar nicht nur EU-Staaten beteiligt sind. Dass die Schweiz sich daran beteiligen will, tönt auf den ersten Blick harmlos. Was das aber konkret heisst, sehen wir sehr gut am Beispiel von Österreich. Ich zitiere einige Zahlen: Im Jahr 2023 erfolgten über 4500 ausländische Militärtransporte durch Österreich, es gab rund 6200 Überflüge ausländischer Militärflugzeuge durch den österreichischen Luftraum. Nato-Truppen passierten das Land zu Manöverzwecken, aber vor allem auch Panzer, Waffen, Munition und andere

Rüstungsgüter, die für den Nato-Kriegseinsatz durch die ukrainische Armee bestimmt waren.

Die Schweiz würde sich mit der Beteiligung an diesem Pesco-Programm in dasselbe Korsett einspannen lassen. Das muss man sich einmal vorstellen: Wenn da plötzlich Tausende von Panzern, Flugzeugen, Truppen durch das Land kämen – das kann ja nicht sein, dass die Schweiz dann noch ein neutraler Staat wäre. Da muss man schon sagen: Wehret den Anfängen!

Ich glaube, man muss den Leuten aufzeigen, was das für unser Land bedeuten würde. Es ist an der Zeit, dass im VBS ein komplettes Umdenken stattfindet. Solange Frau *Amherd* im Amt ist, wird das kaum möglich sein. Das zeigen auch die Gutachten, die sie von externen Leuten schreiben lässt. Es gibt ein altes Sprichwort: «Ein Gutachter achtet gut darauf, dass er die Meinung des Auftraggebers erfüllt.» Von daher kann man den Bericht der Studienkommission auch nicht als unabhängig und neutral bezeichnen.

Es ist aber nicht nur Sache des VBS, das Parlament muss auch etwas tun, oder wie sehen Sie das?

Im Parlament gibt es sehr wohl auch kritische Haltungen, es gibt oft aus unterschiedlichen Sichtweisen Allianzen, zum Beispiel zwischen Linken und der SVP. Dass viele Parlamentarier, vor allem in der FDP und in der Mitte, nicht mehr sehen, was unserem Land Frieden gebracht hat – Neutralität ist ja ein Friedensprojekt! – ist für mich völlig unverständlich.¹

Neutralitätsinitiative: sich auf den Wert der Neutralität zurückbesinnen

Die Ausrichtung des VBS zeigt die Geisteshaltung bei einem Teil der Bundesräte und leider auch bei vielen Parlamentariern, denen die Neutralität ein Dorn im Auge ist. Das zeigt auch der neueste aussenpolitische Bericht für die Jahre 2024–2027 des Bundesrates. Dort kommt die Neutralität überhaupt nicht vor, auch nicht die Bedeutung der Schweiz als Standort, wo man Konflikte schlichten könnte. Das geht völlig am heutigen Zustand der Welt vorbei. Gemäss *Uno* gibt es auf der Welt heute über 150 Kriege, Konflikte, Bürgerkriege, schwelende Konflikte. Ich glaube, da ist es mehr als an der Zeit, sich wieder darauf zurückzubedenken, was unserem Land in den letzten 200 Jahren Frieden und Sicherheit gebracht hat, und dass es vor allem auch Orte braucht auf dieser Welt, wo sich Streitparteien finden können, wo man vermitteln kann, wo man Gespräche führen kann, wo man miteinander redet. Der Wert der Neutralität – Neutralität ist kein Instrument, sondern ein Wert – wird von diesen Leuten völlig unterschätzt. Deshalb bin ich froh, dass demnächst die Volksinitiative zur Neutralität zur Abstimmung kommt. Ich glaube, am Ende des Tages wird die Schweizer Bevölkerung sagen müssen: In welche Richtung wollen wir gehen?

Einige Teilnehmer in der Studienkommission Amherd brachten zum Ausdruck, dass Gute Dienste und Friedensförderung eng mit der Neutralität verbunden sind, aber andere behaupteten, die Schweiz müsse nicht neutral sein, um Gute Dienste leisten zu können. Was sagen Sie zur Glaubwürdigkeit einer Schweiz, die nicht neutral ist?

Ich glaube, man kann das an sehr banalen Beispielen aufzeigen. Wenn zwei Leute sich streiten und man versucht, diesen Streit zu schlichten, dann leuchtet es wahrscheinlich jedem ein, dass es dazu einen Schlichter braucht, der nicht Partei ist. Wenn der Vermittler für die eine oder für die andere Partei

Wie die Japaner die Schweiz sehen

«Eine kleine Anekdote: Vor zwei Jahren haben wir als Delegation der Aussenpolitischen Kommission – ich war damals deren Präsident – einen Besuch in Japan gemacht. Mich hat es tief berührt, als am Abend, beim Nachtessen, ältere japanische Politiker zu mir kamen und mir sagten, wie Japan es bis heute schätzt und wie sie selbst es unglaublich wichtig empfunden haben, dass die Schweiz sich im Zweiten Weltkrieg auch ihnen gegenüber – Japan war ja ein Aggressor* – immer neutral verhalten hat. Das habe bei ihnen zu einem tiefen Respekt unserem Land gegenüber geführt, bis heute. Als Menschen, die fast 10000 Kilometer von uns entfernt sind, sagten sie: «Hebed Sorg zur Neutralität, schaut, dass ihr diesen Weg nicht aufgibt.» Das ist mir in bleibender Erinnerung. Ich habe gespürt, als sie mir das erzählt haben: Das war nicht einfach eine Floskel, das kommt von ganz tief innen.» (Nationalrat Franz Grüter)

* Die Schweiz hatte im Zweiten Weltkrieg Schutzmandate für alle Kriegsmächte, die dies wünschten, auch für Japan. Sie hat Kriegsgefangene besucht, Verwundete ausgetauscht, in allen Kriegsländern. Als neutrale Helferin hat die Schweiz nicht unterschieden zwischen «Opfer» und «Aggressor», und sie darf dies auch heute nicht tun. (mw.)

ist, dann wird er nicht akzeptiert und kann diese Rolle gar nicht einnehmen. Solche Streitschlichtungen – in der Aussenpolitik spricht man von den Guten Diensten – können nur funktionieren, wenn der betreffende Kleinstaat nicht selbst Partei wird. Wenn wir an Bündnissen wie der Nato oder der EU teilnehmen, sind wir Partei, sind wir nicht mehr neutral. Und ob wir als neutral anerkannt sind oder nicht, können nicht wir festlegen. Der Bundesrat kann lange sagen: «Wir sind weiterhin ein neutraler Staat». Fakt ist, dass die «New York Times» am 28. Februar 2022 [als die Schweiz die EU-Sanktionen gegen Russland übernommen hatte, mw] meldete: «Die Schweiz hat ihre Neutralität aufgegeben.» In Grossbritannien, in Spanien, in Frankreich waren das die grossen Schlagzeilen. Die Frage ist: Sind wir noch akzeptiert? Wir können hundertmal deklarieren, wir seien noch neutral. Wenn dies in der internationalen Staatengemeinschaft nicht mehr so wahrgenommen wird, dann sind wir es nicht mehr. Sowohl die USA als auch Russland haben klar gesagt, die Schweiz sei nicht mehr neutral. Wir haben uns selbst sehr geschwächt.

Wir haben immer noch Gebiete, wo wir als neutraler Staat akzeptiert werden. Ich möchte an das Schutzmandat zwischen den USA und dem Iran erinnern, das funktioniert gut. Auch wenn die Schweiz kompatible Waffensysteme kauft, tut das niemandem weh. Aber alles, was darüber hinausgeht, müssen wir klar von uns weisen. Das zeigt, dass wir mit der Politik, die im Moment abläuft, auf dem falschen Dampfer sind.

Vielen Dank für das Gespräch, Herr Nationalrat Grüter.

Im Einklang mit der Neutralität?

US-Militärtransite: Konvois durchqueren Österreich

«Vom 13. bis 23. August 2024 erfolgen Transporte der US-Streitkräfte durch Österreich. Grund dafür ist die «Saber Junction» [«Säbel-Kreuzung»] – eine internationale Übung in Deutschland, an der mehrere Armeen teilnehmen. Die Nato-Übung «Saber Junction» – geleitet von der US Army Europe und Africa – findet jährlich statt. Daran nehmen Nato-Länder sowie Partnerländer – darunter Albanien, Belgien, Georgien und Rumänien – teil. Österreich ist nicht beteiligt.

Im genannten Zeitraum durchqueren etwa 300 Fahrzeuge Österreich. Die Einreise der ersten Fahrzeuge wird über den Grenzübergang Thörl-Maglern (Kärnten) passieren. Die Ausreise nach Deutschland erfolgt über den Grenzübergang Suben (Oberösterreich). [...]

Transits von Angehörigen anderer Streitkräfte durch österreichisches Hoheitsgebiet werden durch das Bundesministerium für Landesverteidigung [...] geprüft und im Einklang mit der militärischen Neutralität gestattet. [...]

Quelle: Presseausendung des Bundesministeriums für Landesverteidigung vom 12.8.2024

Österreich lässt Tausende Nato-Militärtransporte über sein Territorium zu

«Über 10000 ausländische Militärtransporte und Luftwaffenüberflüge wurden im Vorjahr seitens der österreichischen Bundesregierung verzeichnet. Die Praxis ist neutralitätsverletzend, einige Überflüge waren sogar illegale Luftraumverletzungen. [...]

Quelle: Salzburger Nachrichten vom 21.2.2024. Wiedergegeben unter <https://www.stimmenfuerneutralitaet.at/artikel/>

¹ In der Schweiz ist oft nicht die Partei, sondern die einzelne Persönlichkeit massgebend. So hat *Mitte-Ständerätin Heidi Zraggen* in der Ratsdebatte zu Nato-Art. 5 eindrücklich Stellung genommen. Zwei weitere *Mitte-Ständeräte* stimmten ebenfalls gegen Nato-Art. 5-Übungen, der *Walliser Beat Rieder* und der *Zuger Peter Hegglin*. [Anm. mw]

VBS will der Schweizer Neutralität den Garaus machen

Zum Bericht der «Studienkommission Sicherheitspolitik»

von Dr. iur. Marianne Wüthrich

«Die Neutralität ist mit Abstand der wichtigste Grundsatz der eidgenössischen Aussenpolitik. Sie ist die Richtschnur in den grossen aussenpolitischen Fragen. Über die Jahrhunderte hinweg hat sich die Schweiz daran gehalten – und das Ausland hat die Eidgenossenschaft daran gemessen.»¹ (Botschafter *Paul Widmer*)

Wir sind ja schon einiges gewohnt vom Bundesrat. Aber was sich VBS-Chefin *Viola Amherd* mit ihrer handverlesenen, grossmehrheitlich Nato-Anschlussfreudigen «Studienkommission Sicherheitspolitik» erlaubt hat, sprengt jeden Rahmen.² Nach 30 Jahren Sägen am Ast der immerwährenden bewaffneten Neutralität der Schweiz durch ausländische Kräfte und – weit schlimmer! – durch gewisse Kreise im Inland, wollen Amherd und ihre Leute der Neutralität endgültig den Garaus machen. Das einzigartige Schweizer Staatsmodell soll der Nato und der EU einverleibt werden.

«Farce» – «Gefälligkeitsgutachten»

Wer den Bericht liest, dem fallen die krassen Resultate der sogenannt demokratischen Abstimmungen der Kommission zu den einzelnen Fragen auf: Meist 18 Stimmen zu 2 oder so ähnlich. Warum muss eine Studienkommission überhaupt abstimmen? Sie ist keine demokratisch legitimierte Institution, sondern eine von *Viola Amherd* eingesetzte Mannschaft, die deren Politik bestätigt hat. Dass 14 Leute aus der Verwaltung, der Wirtschaft, der Armee usw. und 6 aus dem Parlament stammen³, macht das Gremium nicht ausgewogener. Die paar neutralitätsgerechten Parlamentarier bezeichneten die Kommissionsarbeit laut der Tageszeitung «Blick» als «Farce» (Nationalrätin *Marionna Schlatter*, *Grüne Partei*) oder «Gefälligkeitsgutachten» (SVP-Nationalrat *Thomas Hurter*), SP-Nationalrat *Pierre-Alain Fridez* trat vorzeitig aus, laut «Le Temps» vom 22. August 2024 «mit der Zustimmung der Spitze seiner Partei» (!).⁴ Die sogenannten Grundlegendendokumente, meist aus dem VBS oder dem EDA, und die Inputreferate zu den einzelnen Themen sind, wie der Leser leicht feststellen kann, völlig einseitig: Nato-kritische Referenten fehlten gänzlich.

Vor diesem Hintergrund sollen hier einige zentrale Punkte aus dem Bericht der Studienkommission aufgegriffen werden. Im Interview mit *Franz Grüter*, Mitglied der *Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats*, kommen mehrere davon zur Sprache (siehe S. 1). Andere müssen noch ausgewertet werden.

«Vertiefte, institutionalisierte Kooperation mit der Nato»

18 von 20 Leuten in der Studienkommission tun die Neutralität «als Instrument und nicht als Zweck des Staates» ab (S. 30). Was für eine Ignoranz! Die immerwährende bewaffnete Neutralität ist entweder unverzichtbare Staatsmaxime der Schweiz, oder das einzigartige Staatsmodell fällt in sich zusammen. Wem die nötigen historischen und staatsrechtlichen Grundlagen fehlen, der gehört weder in den Bundesrat noch in eine mit diesem verbundene «Expertengruppe».

«Angesichts der Zeitenwende» sei die schweizerische Neutralitätspolitik zu «revidieren» und zu «flexibilisieren», so die Kommission (S. 28f). Was mit «Flexibilisierung» gemeint ist, erklärte der Bundesrat bereits in einem Bericht vom Januar 2024 – in offener Verweigerung seiner verfassungsmässigen Pflicht zur Wahrung der Neutralität des Landes. Dort legte er nämlich dar, «wie ohne Bündnisbeitritt [...] eine vertiefte, institutionalisierte Kooperation in Verteidigungsbeziehung mit der Nato erreicht werden kann» (S. 31; Hervorhebung mw). Im Klartext: Wie schrammt man an der obligatorischen Volksabstimmung vorbei in die Nato?

Damit die Bevölkerung sich schon einmal auf Nato-Betrieb einstellt, sollen unsere Milizdaten künftig gezwungen werden, ihre Dienstpflicht mit Nato-Truppen im Ausland zu leisten, das heisst, die Freiwilligkeit für den Dienst im Ausland soll aufgehoben werden (S. 40). Das ist aber nur mit einer Änderung des Militärgesetzes möglich – das Referendum dagegen ist sicher.

Zündeln mit dem Feuer

Auf die Bündnisfallübungen gemäss Art. 5 Nato-Vertrag setzt die Clique in der VBS-Kommission noch eins drauf, sie verlangt nämlich die Beteiligung der Schweiz «an einer gemeinsamen Abwehr ballistischer Lenk Waffen» (S. 40), wohl wissend, dass «eine derartige Kooperation [...] ein revidiertes Neutralitätsverständnis voraus(setzt)» (S. 35). Ja, sie zündelt direkt mit dem Feuer eines Nato-Kriegs, in den die Schweiz hineingezogen werden könnte: «Denn schon aus geographischen Gründen muss die Nato das schweizerische Territorium in die Verteidigungsplanung mit einbeziehen», während die Schweiz im Falle eines Angriffs auf ein europäisches Nato-Land «im Grunde zwei Optionen [hat]: Sie kann sich auf ihre Neutralität berufen oder

[...] ihre Neutralität aufgeben und sich an einer Verteidigung Europas beteiligen.» (S. 35) Die «Clique» wird zum Brandstifter.

Schweiz als Handlanger der Nato-Rüstungsindustrie?

«Rüstungsproduktion und -beschaffungen sind im Interesse der Interoperabilität mit der Nato und der EU abzustimmen. Die darauf ausgerichteten Programme zur Stärkung der europäischen Rüstungsindustrie [...] sind zu nutzen [...]» (S. 40) Das Interesse der Schweiz muss aber der Frage gelten, welche Bewaffnung und Ausrüstung unsere Armee braucht, um das eigene Land und die Bevölkerung verteidigen zu können.

Kommission puscht neutralitätswidrige Waffenausfuhr

Die Kommission fordert «eine längerfristige und weiterreichende Revision des Kriegsmaterialgesetzes als die derzeit im Parlament diskutierte Anpassung [...]» (S. 30) So weit kommt's noch, dass das VBS dem Parlament und dem Souverän den Tarif durchgibt, welches Recht sie setzen sollen.

Der verlogene Dreh mit der «Ausrichtung der Neutralität an der Uno-Charta»

Die Ausrichtung am Völkerrecht, vor allem am Humanitären Völkerrecht, an den *Genfer Konventionen* und an den Zielen des IKRK gehört zum Wesen der Schweizer Neutralitätspolitik. Die Kommissionsmehrheit spricht aber unter Punkt 2.2.3 (Völkerrechtliche Grundlage) von etwas ganz anderem. Sie versucht den Menschen die Köpfe zu verwirren, indem sie «eine stärkere Ausrichtung der Neutralität an der Uno-Charta» fordert «und somit einer Unterscheidung zwischen dem Aggressor und dem Opfer, dem das Recht auf Verteidigung zusteht» (S. 29).

Von einer Pflicht der Uno-Mitgliedsstaaten oder gar des Neutralen, zwischen Aggressor und Opfer zu unterscheiden, steht allerdings kein Wort in der Uno-Charta, sie ist frei erfunden. In der Charta steht, welche «Massnahmen bei Bedrohung oder Bruch des Friedens und bei Angriffshandlungen» der Sicherheitsrat ergreifen kann/sollte (Kapitel VII) und dass jeder Uno-Mitgliedsstaat «das naturgegebene Recht zur individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung» hat, «bis der Sicherheitsrat die zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlichen Massnahmen getroffen hat.» (Art. 51)

Die Unterscheidung zwischen «Aggressor» und «Opfer» widerspricht der Neutralitätspolitik der Schweiz diametral, beruhen doch ihre weltweit geschätzten Guten Dienste und besonders die Schutzmandate gerade darauf, allen Kriegs- oder Konfliktparteien, die sich an die Schweiz wenden, humanitäre und diplomatische Hilfe zu leisten. Wenn der Neutrale dazu gedrängt wird, zwischen «Gut» und »Böse» zu unterscheiden, hat er schon verloren.

«Angesichts der Zeitenwende»

Wer in der Schule noch Schweizer Geschichte gelernt hat, weiss, dass der Ukraine-Krieg nicht der erste Konflikt ist, in dem die Schweizer Neutralität in Frage gestellt wird. Ausländische Mächte forderten in zahlreichen Kriegen von der Schweiz, sie habe ihre Partei zu ergreifen. *Paul Widmer* berichtet, dass es bereits in den napoleonischen Kriegen hiess, «es gehe um einen einmaligen Kampf zwischen Recht und Unrecht. *Napoleon* war nicht ein gewöhnlicher Feind, er war der «ennemi du monde», der Feind der Menschheit. [...] Die Neutralität liess man gelten für traditionelle Kriege – oder das, was man dafür hielt –, aber nicht für den existentiellen Kampf, in welchem man gerade steckte. Entlang dieses Schemas wurde die Schweizer Neutralität immer wieder angefochten.»⁵

Franz Grüter bemerkt dazu: «Neutral zu sein ist nichts Bequemes. Es ist viel bequemer, sich einer Seite zuzuschlagen und zu sagen, der andere ist der Böse und das sind die Guten. Deshalb gibt es viele Politiker, welche die Neutralität kaum ertragen können, weil es in der Regel von beiden Seiten Druck gibt.»

Davon dürfen wir Schweizer uns nicht beirren lassen: Wer die Neutralität als unverzichtbares Identifikationsmerkmal unseres Staates in seinem Inneren trägt, bleibt dabei – zum Wohle unseres Landes und der Welt. •

¹ Widmer, Paul. *Schweizer Aussenpolitik*. Zürich 2014, S. 24

² Bericht der Studienkommission Sicherheitspolitik 08.2024. <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-102256.html>

³ Bericht. Anhang, S. 64

⁴ Ballmer, Daniel. «Nützt Amherd die Kommission nur, um ihren Kurs zu stützen?» in: *Blick* vom 29.8.2024

⁵ Widmer, Paul. *Schweizer Aussenpolitik*. Zürich 2014, S. 27

Neutralität als Quelle von Freiheit und Menschenwürde

von Nicole Duprat, Frankreich*

«Die Verteidigung des Friedens, der Demokratie, der Menschenrechte und des Völkerrechts sind Werte, die keine Kompromisse oder Zweideutigkeiten zulassen. Sie entspringt dem Engagement für die Verteidigung der Menschenwürde, der eigenen und derjenigen des anderen. In einer Welt voller Turbulenzen erfordert dies viel Mut und persönliche Integrität, aber auch gegenseitige Solidarität im Rahmen gemeinsamen Handelns.»

wie die Schweiz nicht an einem Konflikt oder einem Krieg aktiv teilnimmt, kann keineswegs als Feigheit oder Anpassertum angesehen werden! Jeder Bürger, der sich seine selbständige Denkfähigkeit bewahrt hat, weiss, dass die Lösung eines Konflikts jenseits der vereinfachenden Logik von richtig oder falsch liegt. Sie ist ausschliesslich im ehrlichen, sachbezogenen und damit friedfertigen Dialog zu finden. Der überwindet allerdings Gräben.

Auch wenn der in seiner Zeit weit über die Grenzen der Schweiz bekannte Einsiedler *Niklaus von Flüe* aus einem innerlichen Gebot heraus zum Einsiedler wurde: Neutralität bedeutete auch für ihn nicht, sich aus der Welt zurückzuziehen, sondern im Gegenteil, mit seinem weisen Rat Zerwürfnisse einer Lösung näherzubringen. Echte Neutralität ist verbunden mit der Anstrengung, durch Diplomatie zur Lösung eines Konflikts beizutragen. Die Schweiz hat bewiesen, dass sie dies gut kann. Sie sollte ihre Guten Dienste bei der Lösung von Konflikten gerade in der heutigen Welt noch aktiver zur Verfügung stellen.

Auf der Konferenz von Bandung im Jahr 1955 hatten die vielen teilnehmenden blockfreien Staaten, gerade die zahlreichen aus Asien, klar zum Ausdruck gebracht, dass, wer sich neutral verhält, gerade damit auch seinen Beitrag zum Frieden in der Welt leistet. Sie lehnten die Teilung der Welt in zwei Blöcke, in Ost und West, und den daraus resultierenden Kalten Krieg ab. Es war für viele Staaten gerade ihr erlangter Status der Neutralität, der es ihnen erlaubte, nach Jahrhunderten der Kolonialisierung und des forcierten Imperialismus ihre Freiheit und ihre Menschenwürde zurückzuerlangen. Sie hatten mit ihrem Anspruch, als neutrale Länder behandelt zu werden, das Recht vollkommen auf ihrer Seite! Es war für die Länder, die neutral wurden, gerade die Neutralität, die es ihnen ermöglichte, den inneren Aufbau ihres Landes zu festigen und gleichzeitig ihre internationale Position zu stärken. Die Neutralität war keineswegs störend, sondern ermöglichte es, die Architektur des internationalen Systems zu festigen.

Die Verteidigung des Friedens, der Demokratie, der Menschenrechte und des Völker-

rechts sind Werte, die keine Kompromisse oder Zweideutigkeiten zulassen. Sie entspringt dem Engagement für die Verteidigung der Menschenwürde, der eigenen und derjenigen des anderen. In einer Welt voller Turbulenzen erfordert dies viel Mut und persönliche Integrität, aber auch gegenseitige Solidarität im Rahmen gemeinsamen Handelns.

Das demokratische Prinzip ist zu Recht fest in der Verfassung verankert. Das Überprüfen der Verfassungsmässigkeit staatlichen Handelns stellt keine Abkehr von der Demokratie dar, sondern gewährleistet im Gegenteil deren Bedingungen. Ist der Impuls ehrlich, diese Überprüfung abzulehnen? Oder ist es die Verleugnung der Förderung von Offenheit, Partizipation und Transparenz – wesentliche Kriterien für die Legitimität von Verfassungsreformen –, die einige in dieser Debatte um die Neutralität der Schweiz antreibt?

Die am 10. Dezember 1948 verabschiedete *Allgemeine Erklärung der Menschenrechte* hat es ausführlich anerkannt: «Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren.»

Zu verstehen, warum die feste Verankerung der Neutralität in der Verfassung eines demokratischen Landes von grundlegender Bedeutung ist, bedeutet, die Notwendigkeit des Schutzes der Menschenwürde zu verstehen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. •

Vortrag bei den Septembertagsgesprächen «Mut zur Ethik» vom 30. August – 1. September 2024

(Übersetzung *Zeit-Fragen*)

* *Nicole Duprat* ist diplomierte Absolventin der Abteilung Recht und internationale Beziehungen des *Institut d'Etudes Politiques et diplomatiques*, Aix-en-Provence (F). Sie war als staatlich diplomierte Pädagogin mit Ausbildung am *Pädagogischen Institut Saint Cassien* (Marseille) und nach Forschungstätigkeit in Florenz als Lehrerin an französischen Schulen tätig. *Nicole Duprat* wirkt als Künstlerin und im Kunsthandwerk in einer entsprechenden Vereinigung (AVF) in Villeneuve-lès-Avignon. Sie ist Mitarbeiterin von *Zeit-Fragen/Horizons et débats*, wohnhaft in der Region Avignon (Provence).

Neutralität als aussenpolitische Maxime

von Associate Prof. Dr. Pascal Lottaz, Schweiz und Japan*



Pascal Lottaz (Bild screenshot)

Mein Thema ist die Neutralität als aussenpolitische Maxime. Das Wichtigste, was es dazu zu sagen gibt, ist, glaube ich, dass Neutralität eben nicht nur eine Erfindung der Schweizer und Österreicher ist, sondern generell verwendet wird in den internationalen Beziehungen. Und das ist der Schwerpunkt meines Forschungsgebietes. Es gibt verschiedene Arten von Neutralität, und es gibt sie seit vielen, vielen Jahren. Die ältesten Aufzeichnungen, die wir finden, gehen zurück bis zu *Thukydides*, dem griechischen Historiker, der über die Peloponnesischen Kriege berichtet hat.

Auch in diesen Kriegen gab es Stadtstaaten, die sich neutral verhalten haben. Man findet das Konzept auch bei den Indern. Dort gab es zur gleichen Zeit, vor etwa 2400 Jahren, einen indischen Historiker, *Kautilya*¹ (*Chanakya*), der war so etwas Ähnliches wie ein alter indischer *Niccolo Machiavelli*, der aufgeschrieben hat, wann welcher Prinz sich in welchen Kriegen wie neutral verhalten sollte, wenn die Kriegskonstellation so oder so aussieht.

Eine einfache und alte Idee

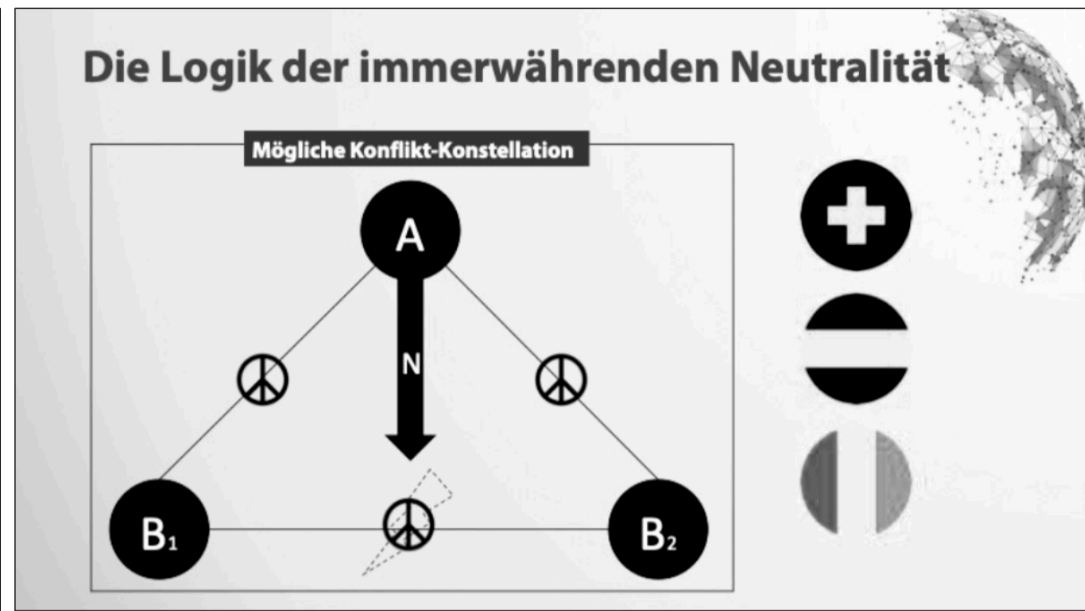
Man hat also Neutralität schon immer verwendet während der Konflikte anderer Staaten. Und ich möchte darüber kurz mit Ihnen sprechen, einfach, damit wir uns auch bewusst sind, wo sich die Schweiz und Österreich und generell europäische Staaten, in welchem Feld man sich bewegt, wenn man sich versucht vorzustellen, wie Staaten, die nicht bei einem Krieg oder in einer Auseinandersetzung mitmachen wollen, in welchen Dilemmata sie stecken. Ich möchte darauf hinweisen, dass Neutralität eben ein ganz spezifisches Prinzip darstellt, und das ist das Prinzip des sich Raushaltens aus den Konflikten anderer Parteien.

Man kann das noch genereller erfassen: Es sind nicht nur Kriege, es sind generell Konflikte. Und das Grundproblem, das jeder Neutrale in einem Konflikt hat, ist, dass zwischen zwei Parteien B1 und B2 ein Konflikt herrscht. Jetzt stellen wir uns häufig vor, dass sich der Neutrale dann zwischen diesen zwei Polen bewegen muss, und er wird hin und her gezogen, und dass er in der Mitte steht. Lustigerweise wird das Wort Neutralität auf japanisch und chinesisch sogar als «in der Mitte stehen» (中立) geschrieben.

Aber ich lege Wert darauf zu sagen, dass das eigentlich ein Fehler ist, dass wir uns Neutralität anders vorstellen sollten. Denn wenn wir dieses Bild vor Augen haben, ist das häufig das Bild der Waagschale, wo der Neutrale in der Mitte steht und die Waage links und rechts auszugleichen versucht. Aber das sind schlechte Sinnbilder.

Die Logik der Neutralität

Es macht mehr Sinn, sich die Neutralität als Dreieck vorzustellen, denn ein neutraler Staat hat das Grundproblem, dass er mit beiden Konfliktparteien im Frieden leben will, während diese miteinander einen Konflikt – oder im schlimmsten Fall einen Krieg – haben. Und die Neutralität des neutralen Staates ist immer gerichtet auf den Konflikt, nicht auf die Konfliktparteien. Ein neutraler Staat ist nicht neutral gegenüber den Konfliktparteien. Er ist neutral in bezug auf deren Konflikt. In bezug auf die Konfliktparteien ist ein neutraler Staat einfach normal. Er verhält sich gegenüber diesen Staaten so, oder versucht sich mit ihnen so zu verhalten, wie er sich auch in Friedenszeiten, wenn diese Staaten im Frieden miteinander sind, verhielte.



Folie aus der Präsentation von Pascal Lottaz. Die Logik der immerwährenden Neutralität: Keine Parteinahme bei Konflikten anderer Staaten, sondern Bemühen um Frieden. Die Symbole rechts stehen für die Länder Schweiz, Österreich und Irland. (Grafik pl)

Und das ist eines der grossen Missverständnisse, wo dann immer gesagt wird, ja, die Schweiz, die im Zweiten Weltkrieg versucht hat, den *Courant normal* aufrechtzuerhalten, das ist doch eine Schande. Nein, ist es nicht. Es ist genau der Punkt dahinter, neutral zu sein. Man ist neutral, weil man zu den Konfliktparteien ein normales, friedliches, diplomatisches und Wirtschaftsverhältnis hat. Oder zumindest ist es normalerweise das Ziel eines neutralen Staates. Das Wichtige ist, dass ein neutraler Staat, auch wenn er sich gegenüber dem Konflikt neutral verhält, es nie schafft, sich aus der Konfliktkonstellation herauszubewegen. Das ist auch ein inhärenter Teil des Problems, denn ein neutraler Staat wird dann immer von beiden Konfliktparteien gedrängt, sich so oder so zu verhalten, sich normalerweise mehr auf ihre Seite zu schlagen. Und daher stammen dann alle diese Probleme, dass ein Neutraler immer wieder auf beiden Seiten erklären muss, also schau mal, ich habe es ja gut mit dir, ich verstehe, dass du Probleme mit B1 hast. Aber ich möchte mit B1 keine weiteren Probleme, daher werde ich jetzt B1 so und so behandeln, auch wenn du sagst, ich sollte gegen B1 Sanktionen und so weiter verhängen. Und gegenüber B2 muss man dann immer wieder sagen, dass ich ja mit B1 ein gutes Verhältnis habe. Daher möchte ich gerne B1 nicht schlechter behandeln, nur weil ihr zwei unglücklicherweise miteinander im Krieg seid. Und natürlich werden B1 und B2 beide Druck auf A ausüben, um A dazu zu bringen, sich mehr auf ihre Seite zu schlagen.

Der Punkt, den ich hier ansprechen möchte, ist, dass jede Konfliktkonstellation immer so aussieht, dass wir normalerweise Konfliktparteien haben und Parteien, die sich lieber nicht beteiligen möchten.

Und wir können diese Parteien als neutral bezeichnen, denn das ist mehr oder weniger, was sie versuchen zu organisieren. Wenn wir komplett nicht beteiligte Parteien haben, nenne ich diese den «Mann im Mond». Nehmen wir an, wir hätten den Mann im Mond, und der sitzt auf der anderen Seite des Mondes, und der schaut in die andere Richtung der Galaxie. Der hat noch nie etwas von der Erde gehört, der hat noch nie etwas von Russland gehört, der hat noch nie etwas von der Ukraine gehört und erst recht nicht von ihrem Krieg untereinander.

Wenn es so ein Wesen gäbe, dann würden wir dieses Wesen nicht «neutral» nennen im Krieg zwischen der Ukraine und Russland. Wir würden dieses Wesen schlicht unbeteiligt nennen. Ein neutraler Akteur in den internationalen Beziehungen zeichnet sich immer dadurch aus, dass er sich selbst zwar im Konflikt nicht auf eine Seite schlägt, dass er vom Konflikt aber etwas weiss und dass er selbst eine Einstellung bezüglich des Konfliktes hat und eine Position einnimmt. Das ist dann das, was man häufig den Neutralen vorwirft.

Also, wenn die Schweiz keine Waffen an die Ukraine liefert, wirft man ihr vor, sie helfe *Putin*, weil *Putin* davon profitiert, dass die Ukraine keine Waffen kriegt. Das ist ein ganz typischer, absolut normaler Vorwurf, bei dem ein neutraler Staat sich immer wieder sagen muss: «Also, liebe Kriegsparteien, ich verstehe eure Wut, ich verstehe euer Problem, aber ich

habe meine eigene Position, ich habe meine eigene Einstellung, und ich möchte gute Beziehungen zu beiden.»

Jetzt ist der Unterschied in der Schweiz im Moment, dass sie sich im Grossmachtkonflikt zwischen Russland, den USA und der Nato (einem Grossmachtkonflikt, der nicht mit Waffen ausgetragen wird, sondern der im Moment über einen Stellvertreterkrieg geführt wird) wirtschaftlich auf die Seite einer Konfliktpartei geschlagen hat. Im Schusswechselkrieg, der auch im Moment stattfindet zwischen der Ukraine und Russland, da hält sich die Schweiz aber an die völkerrechtliche Neutralität. Und die völkerrechtliche Neutralität reguliert nur diese Schusswechselkriege. Es gibt keine Völkerrechtsvorgaben für kalte Kriege, so wie diesen Wirtschaftskrieg zwischen den USA und Russland oder den Wirtschaftskrieg zwischen den USA und China. In diesen Grossmächtauseinandersetzungen verhält sich die Schweiz sehr parteiisch. Aber im Schusswechselkrieg verhält sie sich im Moment zumindest noch relativ neutral.

Neutrale wollen Freunde mit allen sein und Feinde mit keinem. Und daraus resultiert dann, dass neutrale Staaten eben Freunde mit Feinden sind, also Freunde mit Staaten, die sich gegenseitig feindlich gegenüberstehen. Oder wenn wir das in einem *Twitter*-Terminus ausdrücken wollen: Neutrale Staaten bezeichnen den Konflikt anderer Staaten mit dem Hashtag «Not my war».

Diese Konstellation finden wir immer und immer wieder. Es gibt verschiedenste Staaten in der Welt, die sich in der Vergangenheit oder in der Gegenwart neutral verhalten haben. Das ganze Neutralitätsrecht, das wir im Völkerrecht kennen, resultiert eigentlich aus einer langen Geschichte von Staaten, die während Kriegen anderer Staaten gesagt haben: «Nein, ich mache jetzt bei euch nicht mit.»

Neutralitätsrecht: erfunden auf dem Meer

Wirklich angefangen hat es mit dem Völkerrecht eigentlich mit dem sogenannten «*Consolato del Mare*»². Das war ein Sammelwerk von Regeln, das vor etwa 700–800 Jahren aufkam, im Mittelmeerraum, wo viele kleine Stadtstaaten – von Spanien über Nordafrika, Südfrankreich und um Italien herum – alle miteinander Handel trieben, alle ums Mittelmeer herum. Und da kam es immer wieder vor, dass gewisse Staaten mit anderen Staaten oder Stadtstaaten im Krieg waren, die anderen wollten dann aber immer weiter Handel treiben. Und da war es dann wirklich sehr wichtig, vor allem für die Schiffahrer, zu wissen: Was können wir noch transportieren, während unsere Kollegen miteinander im Kampf sind?

Deshalb haben wir das internationale Recht des «*Consolato del Mare*». Und was dann später alles formuliert wurde, ist sehr detailliert. Welche Güter von kriegführenden Staaten können auf neutralen Schiffen transportiert werden? Oder welche Güter von neutralen Staaten können auf kriegführenden Schiffen transportiert werden? Was darf ein anderer kriegführender Staat konfiszieren, was nicht?

Das hat sich alles über viele Jahre hinweg entwickelt. Und es gibt sehr viel Gewohn-

heitsrecht, das dann schlussendlich auch kodifiziert wurde. Das Interessante dabei ist, dass das Neutralitätsrecht eigentlich aus dem maritimen Bereich stammt, nicht aus dem Bereich des Landkrieges, sondern des Seekrieges. Und Neutralität hatte schon immer extrem viel mit Handel zu tun.

Wenn also heute zum Beispiel den Indern vorgeworfen wird, dass sie im Moment Schindluder treiben, weil sie es wagen, in Russland weiter Öl zu kaufen und mit diesem Öl zu handeln, wo doch Russland unter Sanktionen steht, und dass das doch ein Bruch der westlichen Sanktionen sei, dann muss man zwei Dinge dazu sagen. Ja, das sind westliche Sanktionen, und der Westen kann das schon reklamieren und sagen, das sei nicht schön, aber die Inder kümmern das wenig, weil die Inder eine eigene Beziehung mit den Russen haben und die weiter so gestalten können, wie sie möchten.

Während sie sich immer auch überlegen müssen: Wie mache ich weiter, damit westliche Staaten Indien jetzt nicht auch noch sanktionieren, denn solche Sekundärsanktionen sind im Moment extrem «in». Das ist dieses typische Problem, wie sich ein Neutraler im Dreieck zwischen B1, B2 und sich selbst verhalten muss. Und dass es um Handel geht, dass es um Wirtschaft geht, das war schon immer ein Teil des Problems von neutralen Staaten, die dann eben Neutralität als Aussenpolitik betreiben während der Kriege oder Konflikte anderer Staaten. *Hugo Grotius* hat erst vor 400 Jahren angefangen, grosse Teile des Völkerrechts konkreter zu kodifizieren.

Neutralitätsrecht: der andere Teil des Humanitären Völkerrechts

Das Konzept der Neutralität kam auch damals auf, mehr oder weniger. Und 1899 und 1907 hatten wir quasi die grössten und wichtigsten Konferenzen, die Haager Konferenzen, zwei Friedenskonferenzen, auf denen auch Neutralitätsrecht festgeschrieben und in Staatsverträgen unterzeichnet wurde. Danach kamen aber der Erste und Zweite Weltkrieg, und die ganze Konzeption, wie wir sie heute als Neutralität verwenden, hat sich dadurch geändert, dass man gesagt hat: Krieg ist generell verboten, und wenn der Krieg verboten ist, dann braucht es eigentlich auch keine Neutralität mehr. Das Problem ist aber, dass wir Krieg zwar verboten haben, die Kriege aber nie losgeworden sind, wir haben einfach weitergemacht mit den Kriegen.

Und das Kriegsrecht, das auch Teil des Völkerrechts ist, das haben wir einfach umbenannt. Was früher, also vor dem Ersten Weltkrieg, Kriegsrecht genannt wurde, heisst jetzt Humanitäres Völkerrecht, aber es ist eins zu eins dasselbe. Das Humanitäre Völkerrecht, das regelt – wie die *Genfer Konventionen* –, dass man nicht auf Zivilisten schießen darf. Das ist einfach das Kriegsrecht im Völkerrecht, das wir jetzt umbenannt haben.

Das Neutralitätsrecht verhält sich ganz ähnlich wie das Humanitäre Völkerrecht. Im Prinzip sollten wir es nicht mehr brauchen, in der Praxis ist es aber immer noch notwendig. Und wir sehen, so wie es Kriege gibt, gibt es dann auch Staaten, die sich neutral verhalten wollen. Und jetzt nehmen wir die Staaten aus dem Globalen Süden, also Indien, Indonesien, ganz Südostasien versteht im Moment nicht, dass sich die Europäer mit der Ukraine und Russland so in eine Konstellation verrennen, in der sie quasi schon einen Nuklearkrieg befürchten müssen auf ihrem eigenen Kontinent.

Und die Staaten des Globalen Südens sagen: Da halten wir uns raus, wir haben nichts damit zu tun. Diese Staaten verhalten sich im Moment neutraler als die Schweiz, wenn es um Wirtschaftssanktionen geht.

In der Neutralitätsinitiative der Schweiz geht es darum, dass sich die Neutralitätsdefinition, die wir im Moment haben, nur auf kriegerische Akte bezieht und völkerrechtlich nur darauf, ob die Schweiz Waffen liefert oder mitmacht oder nicht mitmacht. Darüber hinaus sollte sich die Neutralität auch auf Wirtschaftskriege beziehen.

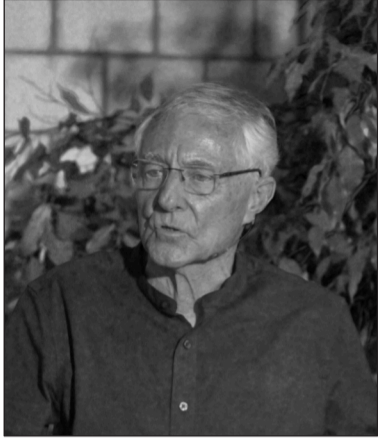
Das ist die Auseinandersetzung, die wir jetzt führen müssen in der Schweiz, ob wir so eine Neutralitätsdefinition wollen, ja oder

Fortsetzung auf Seite 4

* Pascal Lottaz ist Associate Professor für Neutralitätsstudien an der Rechtsfakultät der Universität Kyoto (Japan). Er stammt aus dem Kanton Freiburg und ist Mitglied der Sozialdemokratischen Partei.

Da muss sich etwas ändern!

von Dr. h. c. Hans-Christof von Sponeck, ehemaliger Beigeordneter Generalsekretär der Vereinten Nationen, Deutschland*



Hans-Christof von Sponeck (Bild kj)

Das geopolitische Weltbild der Gegenwart deutet, meteorologisch ausgedrückt, auf Orkanstärken hin, die wir in ihren Ausmassen bisher nicht kannten.

Da ist der bewusst falsch dargestellte Krieg in der Ukraine, das brutale Abmetzeln in Palästina und die Bürgerkriege in Myanmar, in der Republik Kongo, Syrien und in Venezuela. Klimawandel-bedingte Katastrophen existieren in Afrika und der Karibik, mafiose Gewalt beherrscht das Leben in Haiti.

Hinzu kommen die Massenpsychose und der furchterregende und dümmliche Populismus in den Vereinigten Staaten und ein verwirrtes Europa, das vergessen hat, was es sich 1990 in Paris für die Freiheit versprochen hatte.

Bewusste Desinformation und «Falsche Flagge»-Unternehmungen wie Nordstream 2, Butscha, Gaza und, nicht zu vergessen, die gefälschten nationalen Wahlen, sind ständige geopolitische und kriminelle Versuche, die Unterstützung der Bürger zu gewinnen.

Zu diesem Weltbild gehört auch die ungeheure omniprésente Korruption, die sich weiter ausbreitet und zu den Ursachen der «Armut der vielen» gehört bei gleichzeitigem unglaublichen «Reichtum der wenigen».

Die kranke Umwelt und die nukleare Ausrüstung sind die grossen Gefahren für alle (!) 193 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen! «So wie es ist, darf es nicht bleiben» – wer von uns könnte dieser wichtigen Aussage von Günter Verheugen und Petra Erler widersprechen?

Da muss sich in der Tat etwas ändern!

Die «Hoffnung der vielen», dass die Verantwortung auf breitere Schultern verteilt wird, um damit eine gerechtere Weltordnung für alle zu erreichen, darf nicht enttäuscht werden. Diese Hoffnung, mit dem Blick nach den Sternen, bedeutet in keiner Weise, dass die Füsse nicht auf dem Boden bleiben!

Die Mauer des «Widerstands der wenigen» gegen die «Hoffnung der vielen» ist hoch,

* Hans-Christof von Sponeck, geboren 1939 in Bremen, studierte Demographie und Physische Anthropologie an den Universitäten Bonn, Tübingen und Washington und erhielt 2010 einen Ehrendokortitel der Universität Marburg. Von 1968 bis 2000 war er für die Vereinten Nationen tätig. In dieser Zeit arbeitete er u. a. in New York, Ghana, Pakistan, Botswana, Indien und war Direktor des Europa Büros von UNDP in Genf. Von 1998 bis 2000 war er als UN-Koordinator und beigeordneter UN-Generalsekretär verantwortlich für das Programm «Öl für Lebensmittel» im Irak. Im Februar 2000 trat er aus Protest gegen die Sanktionspolitik gegen den Irak zurück. Diverse Auszeichnungen und Veröffentlichungen. Im Juli 2024 erschien bei Stanford University Press sein neues Buch, *Liberating the United Nations. Realism with Hope*, das er gemeinsam mit Richard Falk geschrieben hat.

aber mit der «Leiter der Überzeugung» überwindbar. «Berge trennten die Menschen, aber die Menschen bestiegen die Berge», besagt ein grossartiges afghanisches Sprichwort.

Der westliche Unilateralismus hat ausgedient

Es ist ermutigend, dass neue Führungskräfte aus der nicht-westlichen Welt, nicht nur aus China, sich unaufhaltsam und mit Erfolg immer intensiver für eine «andere», eine bessere Welt einsetzen. Neue Allianzen haben sich gebildet wie BRICS, die *Shanghai Cooperation Organisation* (SCO), das chinesische Seidenstrassenprogramm und die Klimawandel-Konferenzen. Sie bestimmen immer eindrücklicher unsere Weltordnung. Westlicher Unilateralismus hat fraglos ausgedient.

Vielleicht werden manche von Ihnen meinen, dass ich hier ein zu einseitiges Schwarz-Weiss-Bild male. Ich versichere Ihnen, dass dies in keiner Weise meine Absicht ist. Meine Aussagen reflektieren einen tatsächlich entstandenen Prozess des Wandels und nicht einen Endzustand.

In diesem Sinn möchte ich kurz auf zwei Themen eingehen, die, so meine ich, für die sich entwickelnde Weltordnung von mitentscheidender Bedeutung sind:

1. die notwendige Reform der Vereinten Nationen, der für das Wohlergehen der Menschheit wohl wichtigsten globalen Einrichtung, und:

2. die erforderliche Akzeptanz der Allgemeingültigkeit, nicht nur der Menschenrechte, sondern auch der Menschenpflichten.

Thema 1:

Mit 79-jähriger Verspätung (siehe Artikel 109 der Uno-Charta) wird es nun am 22./23. September eine Gipfelkonferenz der Uno-Generalversammlung in New York geben, auf der die Zukunft der Uno diskutiert werden soll¹ – ein wichtiger Anfang für eine neue und dringlich benötigte Uno, die ihren Friedens- und Sicherheitsverpflichtungen im 21. Jahrhundert gerecht werden soll.

Es wird ein langer Weg werden, mit tiefen Schlaglöchern. Westliche Regierungen werden sich zunächst weigern, einer geopolitischen, geographischen und strukturellen Neuordnung im Sinne der Gleichberechtigung und Gleichwertigkeit zuzustimmen.

USA: militärisch-wirtschaftliche Macht und Missachtung des Völkerrechts

Auf die Gefahr, missverstanden zu werden, möchte ich hinzufügen: Fünf Jahre der Forschung haben Professor *Richard Falk* und mich zu dem empirisch belegten Schluss geführt, dass die Regierungen der USA, im Interesse ihrer weltweiten geopolitischen Ambitionen, sich in all den Jahren immer auf ihre militärische und wirtschaftliche Macht verlassen haben, ohne Anerkennung des existierenden und verpflichtenden internationalen Rechts. Wir meinen daher, dass dies die Hauptursache ist für die Turbulenzen in den internationalen Beziehungen und die enttäuschende Leistung der politischen Uno seit der letzten Dekade des 20. Jahrhunderts (siehe *Richard Falk und Hans von Sponeck. Liberating the United Nations – Realism with Hope*, Stanford, 2024, S. 292, Para 2).

Wir sind überzeugt, dass über die Zeit die USA und andere westliche Länder (etwa 8% der Weltbevölkerung!) einsehen werden, dass

ihre Lokomotive, ohne Kompromiss- und Konvergenzbereitschaft, auf dem Nebengleis stehen bleiben wird.

Uno-Reform muss den neuen globalen Realitäten Rechnung tragen

Der Katalog der anstehenden Uno-Reformen ist in 79 Jahren ein langer geworden. Zu den wichtigsten anstehenden Reformen gehören:

- die Anpassung des Sicherheitsrats an die heutigen geopolitischen und geographischen Gegebenheiten; neue Grossmächte und permanente Sitze Afrikas und Lateinamerikas; mehr Sitze für Asien;
- eine Neuauslegung des Vetorechts im Sicherheitsrat;
- eine Erweiterung der Entscheidungsrechte der Generalversammlung;
- internationale Gerichtshöfe, die nicht nur Beraterfunktionen haben, sondern auch mit dem Recht der Entscheidung ausgestattet sind;
- eine grössere Unabhängigkeit und Entscheidungsfreiheit des UN-Generalsekretärs (Charta-Artikel 100 und 101);
- eine erhöhte und gesicherte Finanzierung der Arbeit der Uno;
- die integrierte Zusammenarbeit der legislativen, juristischen und exekutiven Einheiten der Vereinten Nationen untereinander und mit der Zivilgesellschaft.

Die schwierigste Reform wird zweifellos sein, die Uno zu «demokratisieren»! Dazu wird gehören, das Vertrauen unter den Nationalstaaten, besonders den Grossmächten, aufzubauen, um einen selbstlosen multilateralen Geist herzustellen.

Das wird harte Arbeit sein, an der die Zivilgesellschaft entscheidend mitwirken muss. Der unvergessliche *Kofi Annan* meinte hierzu: «Menschen sollten mit dem Kopf fühlen und mit dem Herz denken.» Welch grossartiges Leitmotiv für ein menschliches Leben!

Es braucht eine Allgemeine Erklärung der Menschenpflichten

Thema 2:

Seit der Gründung der Vereinten Nationen 1945 ist sehr viel wichtiges internationales Menschenrecht geschaffen worden, u. a. die zwei Pakte für bürgerliche, politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte – ein wertvoller Fortschritt für das Zusammenleben aller Menschen. Seit vielen Jahren gibt es allerdings auch die Forderung, dass zu «Menschenrechten» auch «Menschenpflichten» gehören.

In der von der Uno-Generalversammlung 1948 verabschiedeten *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte* gibt es nur einen eher schüchternen Hinweis auf «Menschenpflichten», dass «jeder Mensch in seiner Umgebung auch Pflichten hat» (Artikel 29).

47 ehemaligen Regierungschefs und Staatsoberhäuptern genügte dieser Hinweis nicht, und sie entschieden sich daher, einen Entwurf für eine Allgemeine Erklärung der Menschenpflichten zu unterschreiben. Zu den Unterzeichnern gehörte auch der Schweizer Bundesrat und mehrmalige Bundespräsident *Kurt Furgler*.

Wenig später diskutierte die *Human Rights Commission* in Genf das Thema Recht und Verantwortung, und die Uno-Generalversammlung verabschiedete in New York eine unterstützende Resolution. Dabei ist es seither leider geblieben.

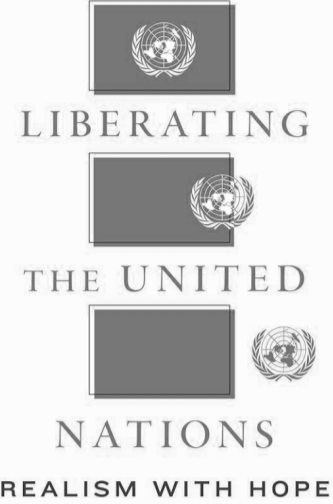
helfen, dass sich andere Staaten auch aus Kriegen Dritter heraushalten können. Denn Weltkriege kann man auf zwei Arten bekämpfen. Entweder, indem man Krieg für illegal erklärt – aber so, dass es funktioniert –, oder indem man einfach genügend Staaten findet, die nicht mitmachen.

«Wir machen da nicht mit.» So hält man einen Krieg auch davon ab, zum Weltkrieg zu werden. Und Neutralität ist dieser zweite Ansatz: Ich mach da einfach nicht mit. Lasst mich in Ruhe.

¹ *Kautilya* (Chanakya) (* um 350 v. Chr.; † um 283 v. Chr.) war Minister und engster Berater des ersten Kaisers des indischen Maurya-Reiches *Chandragupta Maurya* (* um 340 v. Chr.; † um 293 v. Chr.).

² «*Consolato del Mare*»: ein im Mittelalter verfasster Kodex des Seerechts, der sich auf das antike Recht stützt und das moderne Recht beeinflusst hat.

RICHARD FALK & HANS VON SPONECK



Hardcover ISBN 978-1-5036-3821-1
Paperback ISBN 978-1-5036-3913-3

«*Liberating The United Nations*» ist eine gründliche Überprüfung der Gründung und Geschichte der Vereinten Nationen (UN), die jene kritischen Wendepunkte nachzeichnet, welche den Weg zu einer starken und gerechten UN, die sich an das Völkerrecht hält, verschleiert oder von ihm abgebracht haben. Das Buch basiert auf dem umfassenden Fachwissen zweier ehemaliger UN-Insider, *Richard Falk* und *Hans von Sponeck*, und geht über Kritik und Diagnose hinaus, indem es Wege zu einer effektiveren und handlungsfähigeren UN aufzeigt. Der historische Überblick des Buches bietet eine einzigartig breite Perspektive auf die Entwicklung der UN seit ihrer Gründung und wie diese Entwicklung die Weltpolitik widerspiegelt und von ihr definiert wurde.» (Buchrückseite)

Weder die Uno noch Regierungen haben sich seither mit dem Thema befasst.

Die Zeit ist gekommen, die Verknüpfung von Menschenrechten und Menschenpflichten erneut und mit Nachdruck zu bedenken. Das Ziel: eine rechtliche Grundlage für die Einführung eines Paktes für Menschenpflichten zu schaffen. Dies sollte in der Uno-Generalversammlung auf dem vorgesehenen Gipfel über die Zukunft der Uno und auch in den beiden Internationalen Gerichtshöfen entschieden werden.

Viel, sehr viel muss sich also ändern, um die Welt der Menschen menschlicher zu gestalten. Nicht nur die «anderen», wir alle können hierzu einen Beitrag leisten.

In jedem von uns steckt viel mehr, als wir meinen!

¹ Hans-Christof von Sponeck hat diesen Vortrag am 31. August 2024 gehalten, drei Wochen vor der Verabschiedung des Uno-«Zukunftspaktes» (vgl. Seite 7 in dieser Zeitung). [Anm. d. Red.]

Zeit-Fragen

Zeitung für freie Meinungsbildung,
Ethik und Verantwortung,
für die Bekräftigung und Einhaltung
des Völkerrechts, der Menschenrechte
und des Humanitären Völkerrechts

Herausgeber: Genossenschaft Zeit-Fragen
Chefredaktion: Erika Vögeli

Redaktion und Inserate:
Zeit-Fragen, Postfach 247
CH-9602 Bazenhaid
E-Mail: redaktion@zeit-fragen.ch
abo@zeit-fragen.ch

Internet: www.zeit-fragen.ch

Druck: Druckerei Nüssli, Mellingen AG
Jahresabonnement: Fr. 168.–/ Euro 108.–
Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn vor Ablauf keine Kündigung erfolgt.
CH: Postcheck-Konto Nr. 87-644472-4
IBAN CH91 0900 0000 8764 4472 4
D: VR Bank Tübingen eG, BIC GENODES1VBH
IBAN DE09 6039 1310 0067 5170 05
A: Raiffeisen Landesbank, BIC RRVGAT2B
IBAN AT55 3700 0001 0571 3599

Die Redaktion freut sich über Zuschriften von Lesern. Sie behält sich aber vor, gegebenenfalls Texte zu kürzen.

© 2024 für alle Texte und Bilder bei der Genossenschaft Zeit-Fragen. Abdruck von Bildern, ganzen Texten oder grösseren Auszügen nur mit Erlaubnis des Verlages oder der Redaktion, von Auszügen oder Zitaten nur mit ausdrücklicher Kennzeichnung der Quelle Zeit-Fragen, Bazenhaid.

«Neutralität als aussenpolitische Maxime» Fortsetzung von Seite 3

nein. Denn Neutralität ist extrem flexibel, extrem dehnbar, und man kann die verschiedensten Sachen darunter verstehen.

Neutral-Neutrale Kooperation

Neutrale Staaten wie die Schweiz und Österreich sind nicht einmalig in der Welt. Es gibt auch noch andere permanent neutrale Staaten, Malta, Irland; auch die Moldau hat noch einen Neutralitätsgrundsatz in der Verfassung. Die Mongolei versucht mehr oder weniger eine neutrale Aussenpolitik zu haben, aber die Schweiz und Österreich haben eine lange Tradition, und sie verstehen sich selbst als tief neutral. Und wenn diese Neutralität wieder gestärkt wird, dann bin ich der Über-

zeugung, dass beide Staaten viel dazu beitragen könnten, um ihr Know-how, ihre lange Erfahrung und ihre ganzen diplomatischen Prozesse, die sie entwickelt haben, die Guten Dienste und so weiter, die wir ja betreiben, um das auch weiterzutragen und anderen Staaten mitzuteilen, wie man das tun könnte. Ich hatte vor kurzem eine Unterhaltung mit einer Schweiz-Kongolesin, *Natalie Yamb*, die mir gesagt hat, die meisten afrikanischen Staaten wünschen sich eine Neutralität wie die der Schweiz. Sie wünschen sich, institutionell so gut aufgestellt zu sein wie die Schweiz oder Österreich, wenn es um ihre Neutralität geht.

Aber daran arbeiten sie noch. Und mit solchen Partnern könnten die Schweiz und Österreich zusammenarbeiten, um die Neutralität auch in die Welt zu tragen und mitzu-

Gaza nach einem Jahr Krieg

Ein neuer Dokumentarfilm berichtet über Zerstörung und Missbrauch

von Seymour Hersh

Letzte Woche veröffentlichte *al-Jazira* «Investigating War Crimes in Gaza». Der 81minütige Dokumentarfilm ist eine vernichtende Anklage gegen die Behandlung derjenigen, die im Krieg immer am meisten leiden: Frauen und Kinder – während der israelischen Vergeltungsmassnahmen für die schrecklichen Morde, die die Hamas vor einem Jahr innerhalb Israels verübte.

Beim ersten israelischen Bodenangriff gelang es nicht, alle israelischen Geiseln zu retten oder das mehrere hundert Kilometer lange Tunnelsystem der Hamas zu zerstören. Die anhaltenden Luftangriffe haben dazu geführt, dass Männer, Frauen und Kinder wahllos getötet wurden, Tag und Nacht, in Häusern, Wohnungen und Bürogebäuden. Gaza, die Heimat von mehr als zwei Millionen Palästinensern, wurde durch die Bombenangriffe, die letztlich nur wenige Spuren der Zivilisation hinterlassen haben, in Stücke gerissen und kostete unzählige Menschenleben: Es gibt keine Krankenhäuser mehr, keine Universitäten, Märkte, Restaurants oder ein bürgerliches Leben.

Der Krieg in Gaza hat sich auf das Westjordanland und nun auch auf Libanon ausgeweitet. Die israelische Führung unter Premierminister *Benjamin Netanjahu*, in der religiöse Fanatiker Schlüsselministerien leiten, hat das Land in die wirtschaftliche Misere getrieben und setzt ihre Kampagne von Attentaten und Bombenanschlägen fort. Gestern Morgen, am tragischen Jahrestag, ertönten in ganz Israel Sirenen, als ein Rest der Hamas einige leicht abfangbare Raketen aus einem noch in Betrieb befindlichen Tunnel abfeuerte.

Das weitaus grössere Raketenarsenal der Hizbullah ist nach wie vor einsatzbereit und in der Lage, Ziele tief in Israel zu treffen. Die israelische Luftwaffe griff am vergangenen Wochenende im Gaza-Streifen Ziele an, die als Hamas-Ziele bezeichnet wurden, und die israelischen Streitkräfte setzen den Luft- und Bodenkrieg gegen die Hizbullah in Libanon fort.

Es wird befürchtet, dass Israel als Vergeltung für den iranischen Raketenangriff auf Israel

einen Angriff auf den Iran starten könnte, nachdem Israel im vergangenen Monat den Hizbullah-Führer *Hassan Nasrallah* in Libanon und im vergangenen Sommer einen hochrangigen Hamas-Beamten in Teheran ermordet hatte.

Im Nahen Osten liegt Mord in der Luft, und es gibt keinen internationalen politischen Führer – und schon gar nicht in der *Biden*-Regierung –, der das Format und den Willen hat, dies zu verhindern. Bei all dem wird die Regierung Netanjahu ständig von der Regierung Biden unterstützt, die Israel seit dem 7. Oktober letzten Jahres, wie berichtet wurde, 18 Milliarden Dollar an Militärhilfe zur Verfügung gestellt hat. Biden unterstützt Israel nach wie vor entschlossen, ebenso wie Vizepräsidentin *Kamala Harris*. Seine aussenpolitischen Berater, allen voran Aussenminister *Antony Blinken*, schweigen jetzt. Blinken und seine Kollegen haben die letzten Monate damit verbracht, den Amerikanern zu erzählen, dass es zu einem Waffenstillstandsabkommen zwischen Israel und der Hamas kommen würde und dass einige oder alle der verbleibenden Geiseln befreit würden. Die ganze Zeit über hatte Netanjahu andere Pläne.

Die Zerstörung des Gaza-Streifens

Die Zerstörung des Gaza-Streifens, die die Welt täglich im Internet und im Fernsehen verfolgt, bildet den Hintergrund für eines der Hauptthemen des Dokumentarfilms: die gefühllose Teilnahmslosigkeit israelischer Soldaten, die inmitten der Verwüstung operieren. Es gibt kaum Kontakt zur Hamas, die durch israelische Bombenangriffe stark in Mitleidenschaft gezogen wurde und keine nennenswerte offene Bedrohung mehr ist. Auch gibt es heute keine Anzeichen für eine anhaltende intensive israelische Suche nach den restlichen der mehr als 250 Geiseln, die ursprünglich von der Hamas und anderen gefangen genommen wurden. Die üblichen Anzeichen für einen intensiven Krieg



Das Volk war schon da. – Palästinensische Frauen und ihre Kinder bei Vorarbeiten zur Herstellung von Olivenöl – irgendwann zu Beginn des 20. Jahrhunderts. (Bild Wikimedia Commons)

in den Städten des Nahen Ostens – Überfälle, Kämpfe von Tür zu Tür und von Haus zu Haus – sind in der *al-Jazira*-Dokumentation nicht zu sehen, weil der erwartete intensive Bodenkrieg mit der Hamas ausblieb.

Videos israelischer Soldaten voller Verachtung für die Palästinenser

Statt dessen gibt es ein Video nach dem anderen, das von israelischen Soldaten aufgenommen und an Familienangehörige und Freunde weitergeleitet wurde. Es zeigt, wie gelangweilt wirkende israelische Soldaten die Wohnungen und Häuser von Familien aus

dem Gaza-Streifen durchwühlen, die in Panik geflohen sind, vielleicht auf Grund einer israelischen Warnung, dass ihr Wohnviertel angegriffen werden sollte. Solche Warnungen gab es zwar, aber sie wurden von den Menschen im Gaza-Streifen, die auf die Strasse flüchteten, obwohl sie Angst hatten, sich nach draussen zu wagen, sicherlich nicht als humanitäre Geste angesehen.

Der Dokumentarfilm zeigt, dass einige Wohnungen, nachdem sie geräumt worden waren, von israelischen Kämpfern ohne Schutzwesten und mit gezückten Waffen durchwühlt wurden, während sie mit ihren Handys filmten. Unter den Augen ihrer befehlshabenden Offiziere filmten sich die israelischen Soldaten dabei, wie sie die Wohnungen durchwühlten, Geräte zerstörten, Möbel zerschlugen und sich über arabisches Essen lustig machten. Es wird nach Geld gesucht, und wie es junge Männer in Kriegszeiten tun, wird die Kleidung von Frauen durchwühlt und die übliche Faszination für weibliche Unterwäsche gezeigt, die oft von einem stolzierenden IDF-Soldaten getragen wird, während seine Kameraden alles filmen.

Die Videos, die über die Sozialen Medien an Freunde und Familien in der Heimat weitergeleitet wurden, strotzen nur so vor Verachtung für die Palästinenser, als ob alle Männer in Gaza und ihre Frauen und Kinder Hardcore-Mitglieder der Hamas wären. Der Dokumentarfilm zeigt uns, dass sie sich auf den vielen frühen Pro-Kriegs-Tanzpartys in der Heimat als grosse Hits erwiesen. Heute wird im finanziell angeschlagenen Israel nicht mehr viel getanzt. Andere Szenen im Video zeigen Gruppen israelischer Soldaten in Uniform, die im Gaza-Streifen Dienst tun und dicht gedrängt auf den Dächern leerstehender Gebäude stehen – es flogen keine Bomben auf sie zu – und jubeln, als eine Gruppe von

Fortsetzung auf Seite 6

Wahrheit, Recht und Gerechtigkeit sind nicht mehr auf der Seite Israels

von Guy Mettan, freier Journalist

«Die einzige Demokratie im Nahen Osten», «die moralischste Armee der Welt» – wie oft hat man diese Sprachformeln aus dem Munde der Schmeichler des Staates Israel und der scharfen Kritiker des Antisemitismus gehört, die immer schnell die Shoah hervorholen und an Emotionen appellieren, wenn es darum geht, die illegale Besetzung von Gebieten, die wahllosen Bombardierungen von Zivilisten und die Morde an ausländischen Verantwortlichen durch die israelischen Behörden zu legitimieren.

Worthülsen zerbrechen am Offensichtlichen

Man wusste es, ohne es sich einzugestehen, man ahnte, dass diese Ausdrücke immer falscher klangen. Seit dem 8. Oktober 2023 ist es nicht mehr möglich, sich darüber zu täuschen. Diese Mantras bedeuten nichts mehr und fallen unter reine Propaganda, seit die Regierung in Tel Aviv beschlossen hat, auf den blutigen Angriff der Hamas unverhältnismässig zurückzuschlagen, indem sie das Völkerrecht mit Füßen tritt und Kriegsverbrechen vervielfacht.

Lange Zeit wurde Israel alles verziehen – auf Grund des monströsen Verbrechens des Holocaust, des Rechts auf Selbstverteidigung, des Kampfes gegen den Antisemitismus und der Sympathie für den kleinen *David* gegen die grossen arabischen *Goliaths*. Die ethnische Säuberung von 1948, die illegale Annexion der Golanhöhen, die Besetzung des Westjordanlandes, das Freiluft-Konzentrationslager in Gaza, die Schandmauer, die Israel von dem trennt, was der palästinensische Staat hätte sein sollen, die Apartheid der Palästinenser im Westjordanland, die Massaker von Sabra und Shatila, die Invasionen in Libanon, die gezielten Tötungen arabischer Oppositioneller und iranischer Generäle, die Bombardierungen Syriens – all das war weggewischt, vergessen, als Verlust abgeschrieben und als Kollateralschaden abgetan worden, gerechtfertigt

durch das Recht Israels, um jeden Preis zu existieren.

Geschichtslose Blindheit

Anfang letzter Woche bot das Gedenken an die von der Hamas am 7. Oktober 2023 verübten Massaker einmal mehr Gelegenheit, Israel in den Medien und bei den westlichen Politikern reinzuwaschen. Es war unglaublich zu sehen, wie in Tausenden von Interviews, Debatten und Berichten zu diesem Ereignis wieder einmal Experten zu Wort kamen, die über alles andere sprachen, nur nicht über die Enteignungen, Ausschreitungen, Vertreibungen, Folterungen und Morde an Hunderttausenden von Palästinensern, und dabei so taten, als hätte es das alles nie gegeben und als träfe die Rache der Hamas wie ein Blitz aus heiterem Himmel auf arme, unschuldige, unbescholtene Menschen.

In Europa und den USA will sich niemand daran erinnern, dass der Angriff vom 7. Oktober eine Antwort auf die wiederholten Provokationen jüdischer religiöser Fanatiker gegen die Al-Aksa-Moschee, die drittheiligste Stätte des Islam, war und dass die Hamas-Operation genau so genannt wurde, um diesen Affront zu rächen. Dass Israel 2018 den offiziellen Namen «Nationalstaat des jüdischen Volkes» angenommen hat und daher den Islamisten keine Lektion in Sachen religiösem Extremismus erteilen muss. Dass die angeblichen Enthauptungen von Babys und Frauen am 7. Oktober 2023 nur eine Erfindung der Propaganda der extremsten jüdischen Siedlerorganisationen gewesen sind.

Die Mehrheit der Weltöffentlichkeit hat sich entschieden

Allerdings werden diese Blindheit und dieses Leugnen immer unhaltbarer, unerträglich in den Augen derjenigen, die sich die Mühe machen, sich zu informieren. Die Exzesse, die seit zwölf Monaten bei der blinden Unterdrückung der palästinensischen Zivilbevölkerung began-

gen werden, mit Bildern von Blut und Zerstörung, die trotz Zensur für alle sichtbar sind, führen dazu, dass es nicht mehr möglich ist, diese einseitige und verkürzte Sicht der Dinge zu akzeptieren. In den Augen der weltweiten Mehrheit jedenfalls ist der Mythos der «Oase der Freiheit, die von den Kräften der Tyrannei und des Fanatismus umzingelt ist», zusammengebrochen. In den Vereinten Nationen sah Israel, das bis zum letzten Jahr breite Unterstützung genossen hatte, von Abstimmung zu Abstimmung seine letzten Unterstützer schwinden. Selbst die Marshallinseln und Malawi, die sich immer schnell auf die Seite ihrer ehemaligen Herren USA und Grossbritannien schlugen, haben die Seite gewechselt. Bei der Abstimmung über die letzte Resolution fand sich Washington allein an der Seite Tel Avivs wieder. Das sollte Fragen aufwerfen.

Ich sage dies mit Bedauern für meine israelischen Freunde. Ich bewahre immer noch eine leuchtende Erinnerung an meinen letzten Besuch in Jerusalem, für ein Abendessen zu Ehren von *Carl Bernstein*, einem der beiden Helden, die es seinerzeit gewagt hatten, den Watergate-Skandal aufzudecken und Generationen von Journalisten inspiriert hatten. Anlässlich dieses Besuches hatte ich auch das Glück, zum brüderlichsten und intensivsten Shabbat eingeladen zu werden, den ich je erlebt hatte, und zwar auf den Terrassen der Altstadt gegenüber der Klagemauer und dem Vorplatz der Moscheen. Junge Soldatinnen in Uniform nahmen mit umgehängten Maschinengewehren daran teil. Soldatinnen, die sich nun mit einer Armee abfinden müssen, die Kriegsverbrechen begeht.

Heute ist es in der Tat nicht mehr möglich, das Ausmass der Greuel und Zerstörungen zu ignorieren, die an unschuldigen Menschen, Zivilisten und Kindern begangen werden. Wie kann man um die 815 Zivilisten trauern, die am 7. Oktober 2023 von der Hamas massakriert wurden, und kalt bleiben angesichts der

17000 palästinensischen Kinder, die in einem Jahr von israelischen Bomben getötet wurden?

Diese einfache Frage reicht aus, dass Israel moralisch nicht mehr gerechtfertigt werden kann. Von nun an haben das Recht, die Wahrheit und die Gerechtigkeit die Seiten gewechselt.

Noch langsam, aber unaufhaltbar: das Ende auch dieser Apartheid

Die am wenigsten abgestumpften Zionisten beginnen, sich über diese Umkehrung der Wahrnehmung Sorgen zu machen. Die letzten israelischen Regierungen haben «den Staat geschwächt. Anstatt in Wissenschaft, Bildung und den inneren Zusammenhalt zu investieren, haben sie die Ressourcen für den Bau von Siedlungen und unnötige Provokationen verschleudert. Das hat die Institutionen geschwächt, die Gesellschaft gespalten, die Armee unterminiert und dabei die internationale Legitimität des Zionismus ausgehöhlt», wie beispielsweise der Journalist *Ari Shavit* in der neuesten Ausgabe von *Foreign Affairs* eingesteht.

Auch das Apartheidregime in Südafrika präsentierte sich in seinen Anfängen als Vorbild für Demokratie im Angesicht der Barbarei und verliess sich dabei auf die westliche Unterstützung. Es hielt diese Ausdruckweise jahrzehntelang erfolgreich aufrecht, bis das Unhaltbare schliesslich vor der Weltöffentlichkeit zerbrach und die Empörung die weisen Machthaber zum Nachgeben zwang. Die Diskriminierung der Schwarzen in den USA folgte demselben Prozess. Es bedurfte einer *Rosa Parks* und eines *Martin Luther King* als Kristallisationspunkte für einen Wandel.

Im Falle der Israeli ist man von diesem entscheidenden Wendepunkt noch weit entfernt. Doch nun hat sich die empörte weltweite Mehrheit entschieden und wird nicht mehr vergessen. Früher oder später wird sich diese neue Realität durchsetzen.

(Übersetzung *Zeit-Fragen*)

«Frieden ist das Gebot der Stunde»

Eine so nicht abgegebene Stellungnahme von Mark Rutte, dem neuen Generalsekretär der Nato, vor der Presse

Guten Tag. Und ich freue mich, Sie alle heute hier zu sehen.

Der heutige Tag, der 1. Oktober 2024, ist nicht nur für mich persönlich, sondern auch für unser Militärbündnis insgesamt ein besonderer Tag. Die Vertreter unserer Mitgliedsstaaten haben gewollt, dass ich *Jens Stoltenberg* im Amt des Generalsekretärs der Nato folge. Da die Zeit drängt, die Gefahr eines Weltkrieges in den vergangenen Monaten alarmierend gestiegen ist und deshalb zügig Taten gefordert sind, will ich es heute, am Tag meines Amtsantritts, kurz machen und meine Pläne offen aussprechen.

Der heutige Tag soll kein Tag der Kontinuität, sondern ein Tag der Veränderung sein. Und ein Tag der Wahrheit. Jeder von Ihnen, der bei klarem Verstand ist und noch ein wenig menschliches Mitgefühl hat, weiss, dass wir seit mehr als 30 Jahren mit der Lüge leben. Wir haben öffentlich täuschend von Frieden, Freiheit und Demokratie geredet, nannten uns «Verteidigungsgemeinschaft», dachten aber in Wirklichkeit, der Zweck heilige die Mittel und Lügen seien notwendig, um in unseren eigenen Ländern Macht und Reichtum zu sichern. Wir wollten uns gegenüber unserem Hegemon gefällig zeigen und glaubten, berechnete Ansprüche der Mehrheit der Menschheit übergehen zu können.

Nach der Auflösung von Warschauer Pakt und Sowjetunion haben wir den Kalten Krieg nicht beendet – obwohl sich die ganze Menschheit nichts sehnlicher gewünscht hatte. Statt dessen haben wir die Friedensmöglich-

keiten von 1990 verspielt, unseren Machtbereich ohne Rücksicht auf die Sicherheitsinteressen anderer Staaten ausgeweitet und alles auf die Karte des Staates gesetzt, der sich nun selbst als einzige Weltmacht definierte. Wir waren dieser Weltmacht devot zu Diensten.

Heute stehen wir vor einem Scherbenhaufen.

Wir haben keinen Frieden gebracht, sondern Angst gemacht sowie Zwietracht und Hass gesät, immer wieder mit Gewalt gedroht – und wir haben nicht nur gedroht. Wir haben Kriege angefangen oder provoziert und materielles und menschliches Elend über viele Staaten und Völker der Welt gebracht. Wir haben faschistische Regime wie in der Ukraine und in Israel unterstützt, die – bei Lichte betrachtet – nichts mit den Werten gemeinsam haben, die wir immer wieder öffentlich verkündet, aber auch selbst immer weniger beachtet haben.

Wir haben uns nicht nur Russland und China, sondern viele Staaten und Völker der Welt zu Feinden gemacht. Anstatt Probleme und Konflikte einzudämmen und zu Lösungen beizutragen, haben wir Öl ins Feuer gegossen und Chaos gestiftet. Die Opfer gehen in die Millionen, das Ausmass der Verwerfungen und Zerstörungen ist gigantisch. Wir wurden, ehrlich gesagt, zu einer kriminellen Organisation.

So sind wir heute sehr, sehr weit von Frieden und Gerechtigkeit in der Welt entfernt – und wir vor allem tragen die Verantwortung dafür.

So können wir nicht weitermachen. Frieden ist das Gebot der Stunde. Mein Amts-

antritt soll ein Signal des Wandels sein. Ich weiss, dass ich auf Widerspruch stossen werde – nicht bei der grossen Mehrheit der Menschen in unseren Ländern oder sonstwo auf der Welt, aber bei den wenigen, die blindlings am alten Kurs festhalten wollen – und leider noch immer viel Macht und Einfluss haben. Aber das soll mich nicht aufhalten. Mit der Wahrheit lebe ich, leben wir alle besser.

Eine meiner ersten Amtshandlungen wird die Initiierung einer internationalen Friedenskonferenz sein. Die Vertreter aller Staaten der Welt sollen teilnehmen können, und jeder Staat hat das gleiche Rede- und Stimmrecht. Bislang kriegslüsterne Regierungen wie diejenigen der Ukraine und Israels werden wir vor die Alternative stellen, mit ihren Nachbarn Frieden zu machen oder jegliche Unterstützung sofort zu verlieren. Zum Beispiel: keine Waffen mehr für die Ukraine und für Israel. Staaten wie Russland, China und auch der arabischen Welt werden wir ehrliche Verhandlungsangebote für eine gerechte internationale Friedensordnung auf der Grundlage von Gleichwertigkeit und Gleichberechtigung machen. Unser Leitstern soll von nun an das Völkerrecht, sollen die Friedens- und Gerechtigkeitsbestimmungen der Uno-Charta sein. Unser Hegemonialprojekt einer «regelbasierten internationalen Ordnung» ist gescheitert.

Und vor allem: Die Macht, die einzige Weltmacht sein wollte und nach wie vor sein will, wird sich in die Staatengemeinschaft einreihen müssen – als Gleiche unter Gleichen.

«Exzeptionalismus» und «Unverzichtbarkeit» werden wir fortan nicht mehr akzeptieren, auch innerhalb der Nato nicht.

Schliesslich: Wir europäischen Nato-Mitglieder werden beantragen, die Nato in Anbetracht ihrer fragwürdigen jüngsten Geschichte und des Mangels an künftigem Bedarf aufzulösen.

Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit Ihnen allen. Und ich kann es kaum erwarten anzufangen.

Und damit bin ich bereit für Ihre Fragen.

km. In der Tat hat der Niederländer Mark Rutte am 1. Oktober 2024 die Nachfolge des bisherigen Nato-Generalsekretärs Jens Stoltenberg angetreten. Auch hat er für diesen Tag eine Pressekonferenz einberufen und zu Beginn eine Stellungnahme abgegeben. Eine Stellungnahme mit einem Wortlaut wie dem oben formulierten und dementsprechende Taten wären ein Segen für die Menschheit gewesen. Aber es wäre auch ein politisches Wunder. Diese gibt es in der Politik allerdings nur ganz, ganz selten. Und Mark Rutte hat tatsächlich auch ganz anders Stellung genommen – eigentlich genauso wie sein Vorgänger im Amt. Und was man sonst so hört und liest, wird es mit Mark Rutte eher noch schlimmer werden als mit Jens Stoltenberg. Fazit: Das bisherige Gewalt-Prinzip der Nato wird höchstwahrscheinlich nicht der puren Einsicht weichen – höchstwahrscheinlich braucht es ein sehr deutliches «Stop!» von anderer Seite, den geharnischten Einspruch der Realität, damit es zu einer Kurskorrektur kommen kann.

Europäische Union: ein moralischer Bankrott

Editorial von La Jornada, Mexiko

Das Europäische Parlament hat gestern eine Schweigeminute zum Gedenken an die Opfer der Anschläge eingelegt, die die islamistische Gruppe Hamas am 7. Oktober letzten Jahres in Israel verübt hat. Bei einer Reihe von gezielten Angriffen tötete die bewaffnete Gruppierung 1205 Menschen, zumeist Zivilisten, und verschleppte weitere 251, von denen sich 97 noch in Geiselhaft befinden und 34 wohl durch israelische Bomben im Gaza-Streifen getötet worden sind.

Der feierliche Akt zum Jahrestag des 7. Oktober und die Erklärungen von Spitzenpolitikern, Amtsträgern und anderen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zeigen in ihrer ganzen Verlogenheit die offensichtliche Parteilichkeit, die Doppelzüngigkeit, Heuchelei und die Gefühllosigkeit dieser Institution eines Europas, das sich brüstet, die Gerechtigkeit und Menschenrechte zu verteidigen. Bei diesen Erklärungen wurde mit keinem Wort die zweite Gruppe von Opfern erwähnt,

nämlich die 41870 Menschen, die von den israelischen Streitkräften im Gaza-Streifen innerhalb eines Jahres nach dem blutigen Überfall der Hamas massakriert wurden – mit Waffen, die hauptsächlich von Washington und den Mitgliedern der Europäischen Union geliefert wurden.

Auch die Tausenden von Palästinensern, die schon vor dem 7. Oktober in Israel verhaftet worden waren, fanden keine Erwähnung, ebensowenig wie die Hunderten von entführten Geiseln. Ihre Familien waren nicht eingeladen, um über den andauernden Schmerz zu sprechen, den sie empfinden, weil sie den Aufenthaltsort und das Schicksal ihrer Angehörigen nicht kennen.

Für Länder, die sich die *Allgemeine Erklärung der Menschenrechte* auf die Fahnen geschrieben haben, muss jedes Menschenleben gleich viel wert sein. In diesem Fall wurde eine Gruppe von Opfern totgeschwiegen, die 40mal grösser ist und sich in überwältigender Mehrheit

aus Zivilisten zusammensetzt, darunter auch Säuglinge, deren Leben nur Tage oder Wochen nach ihrer Geburt ausgelöscht wurde. Durch die Errichtung einer Mauer des Schweigens zwischen guten und schlechten Opfern, zwischen unvergesslichen und leicht entbehrlichen, wurde der angebliche Akt der Humanität zu einem Akt der Beleidigung jeglichen humanitären Empfindens. Er spiegelt den anhaltenden Rassismus und die kolonialistischen Zwangsvorstellungen wider, welche die westlichen Institutionen und Gesellschaften zerfressen.

Wie unterschiedlich Tote, Verwundete, Geiseln, Waisen, Traumatisierte und diejenigen, die aus Mangel an Nahrung und Medikamenten dahinvegetieren – letztere Gruppe besteht ausschliesslich aus Palästinensern – behandelt werden, ist auch wegen der grundlegenden Unterschiede zwischen den Tätergruppen empörend. Die bei den schrecklichen Hamas-Anschlägen Getöteten waren Opfer einer bewaffneten Gruppe, die vom gesamten Westen als illegal ange-

sehen wird, während die Palästinenser jeden Tag ums Leben kommen unter Beschuss durch einen Staat, der in multilateralen Gremien vertreten ist und sich, auf dem Papier, an die von der internationalen Gemeinschaft vereinbarten Grundsätze und Regeln hält.

Wie die Präsidentin des Europäischen Parlaments sagte: Nichts kann jemals die Massensterben, Vergewaltigungen, Entführungen und willkürlichen Folterungen rechtfertigen, die vor einem Jahr stattgefunden haben. Nichts aber auch diejenigen, die das Regime von *Benjamin Netanyahu* seit einem Jahr bis heute verübt. Das Versäumnis, ein Zeichen des Mitgefühls für die palästinensischen Opfer in der Zivilbevölkerung zu zeigen, bedeutet nicht nur eine brutale moralische Asymmetrie, sondern eine Aufstachelung, den Völkermord fortzusetzen.

Quelle: <https://www.jornada.com.mx/noticia/2024/10/08/editorial/union-europea-bancarrota-moral-1345> vom 8.10.2024

(Übersetzung Zeit-Fragen)

«Gaza nach einem Jahr Krieg» Fortsetzung von Seite 5

Wohngebäuden, die etwa zehn Stockwerke hoch sind und einige hundert Meter entfernt stehen, zu schwanken beginnen, offensichtlich auf Grund von Bomben, die unter der Erde gezündet wurden. Kurz darauf fielen die Häuser langsam in sich zusammen.

Als Journalist, der über das Massaker von My Lai in Südvietnam und die Fotos des sexuellen Missbrauchs von Gefangenen im berüchtigten irakischen Abu-Ghraib-Gefängnis durch unausgebildete Gefängniswärter der amerikanischen Armee-Reserve berichtet hat, weiss ich, dass Soldaten im Kampf Nichtkombattanten schreckliche Dinge antun, einschliesslich Vergewaltigung und Mord. Aber die Abu-Ghraib-Fotos wurden nur unter den Mitgliedern der diensthabenden Einheit verbreitet; sie waren nicht für Aussenstehende bestimmt, auch nicht für die Befehlshaber der Armee. Man war sich darüber im klaren, dass ihre Handlungen, wenn sie höheren Stellen im Hauptquartier bekannt würden, zu einer strafrechtlichen Verfolgung führen würden.

Das war bei den Fotos, die in Gaza aufgenommen und weit verbreitet wurden, nicht der Fall, auch nicht bei den kommandierenden Offizieren der Soldaten. Angesichts der heutigen Zerrüttung der politischen und militärischen Führung Israels ist es wohl unmöglich, solche Erscheinungen anhaltender Korruption in der Offiziersklasse kurzfristig zu beseitigen.

Permanente Demütigung und Entrechtung ...

Es gab noch andere Fotos in der Dokumentation, die ich viel beunruhigender fand, insbesondere die Szenen eines von israelischen Soldaten überwachten Zwangsmarsches von Familien, die in einem Krankenhaus in Gaza-Stadt Zuflucht gefunden hatten, in den Süden. Über diesen Marsch wurde seinerzeit ausführlich berichtet, doch die Dokumentation fügte Fakten hinzu, die nicht bekannt waren. Die Marschierenden – darunter kleine Kinder und ältere Menschen, von denen einige in der Tageshitze auf Krücken humpelten – wurden aufgefordert, eine weisse Fahne in einer Hand zu schwenken und ihre Ausweise in der anderen Hand zu halten, während sie liefen. Diejenigen, die einen der beiden Ausweise fallen liessen, durften nicht stehen bleiben, um die fallen gelassenen Gegenstände zu holen. Dies war eine Form der grundlosen kollektiven Bestrafung, wie man sie seit dem Zweiten Weltkrieg selten gesehen hat. Es war eine Schande, das mitanzusehen.

Netanjahu und die religiösen Eiferer, die heute in Israel das Sagen haben, haben offensichtlich den Gaza-Streifen und das Westjordanland als Grundstücke im Auge, die bald für eine künftige Siedlerherrschaft zur Verfügung stehen werden. Wer die etwa zwei Millionen überlebenden Bewohner des Gaza-Streifens regieren wird, ist nicht bekannt, aber eine solche Führung wird von Israel abgesegnet sein. Für die verzweifelt überlebenden Palästinenser wird es keine Selbstverwaltung geben

– falls sie in Gaza bleiben dürfen. Eine genaue Zahl der Todesopfer im letzten Kriegsjahr ist noch nicht möglich. Die Schätzungen variieren heute zwischen der offiziellen Zahl des Gesundheitsministeriums von Gaza von mehr als 41 000 und wissenschaftlichen Hochrechnungen, die viermal so hoch sind.

... und religiöser Wahn

Netanjahu hat sich klar zur Zukunft der Palästinenser geäussert. Am 28. Oktober letzten Jahres sagte er zu den israelischen Truppen, die in die Schlacht ziehen wollten: «Ihr müsst euch daran erinnern, was Amalek euch angetan hat, sagt unsere Heilige Bibel.» Es war ein Verweis auf ein biblisches Gebot, in dem Gott den Israeliten die Erlaubnis gab, einen Feind, bekannt als die Amalekiter, vollständig zu vernichten. «Und wir erinnern uns», sagte Netanjahu.

In Kapitel 15.3 des ersten Buches *Samuel* befiehlt Gott dem Samuel: «Geh hin und schlage Amalek und vernichte alles, was sie haben, und verschone sie nicht, sondern töte Mann und Frau, Kind und Säugling, Ochse und Schaf, Kamel und Esel.»

Netanjahu ist mit seinem modernen Fanatismus nicht allein. Am 30. April dieses Jahres griff *Bezalet Smotrich*, der extremistische israelische Finanzminister und Mitglied des Sicherheitskabinetts, der eng mit *Itamar Ben-Gvir*, dem ebenso fanatischen Minister für nationale Sicherheit, zusammenarbeitet, auf die Bibel zurück und forderte öffentlich die «totale Vernichtung» von Israels Feinden. Er

nannte konkret drei Städte in Gaza, die zerstört werden sollten. «Es gibt keine halben Sachen», sagte er, bevor er das Deuteronomium zitierte: «Lösch die Erinnerung an Amalek unter dem Himmel aus! Unter dem Himmel ist kein Platz.»

Smotrich sagte unheilverheissend, dass Israel nach der Zerstörung der Hamas «mit Gottes Hilfe die böse Hizbullah im Norden mit einem Schlag beseitigen und wirklich eine Botschaft aussenden muss, dass mit denen, die dem jüdischen Volk schaden, dasselbe geschieht wie mit denen, die uns in der Vergangenheit schaden wollten – sie werden zerstört, zerstört, zerstört. Und das wird noch Jahrzehnte lang nachhallen.»

Netanjahu hat mit der Bombardierung der «bösen» Hizbullah in Libanon begonnen. Kann jemand am Schicksal des Gaza-Streifens und des Westjordanlandes zweifeln? Ich nicht. Dies ist nicht mehr das zivilisierte Israel, das ich jahrzehntlang besucht und über das ich berichtet habe.

Achtet irgend jemand im Weissen Haus unter Biden genau auf die Worte von Netanjahu, Smotrich und Ben-Gvir, während Amerika weiterhin mehr Bomben und andere Waffen an ein zutiefst traumatisiertes und terrorisiertes Israel liefert?

¹ <https://www.youtube.com/watch?v=kPE6vbKix6A>
Quelle: <https://seymourhersh.substack.com/p/gaza-after-a-year-of-war> vom 8.10.2024

(Übersetzung Zeit-Fragen)

Brasilien und China haben während der UN-Generalversammlung zu einem Friedenstreffen eingeladen

km. Aus der diesjährigen Generalversammlung der Vereinten Nationen in der letzten Septemberwoche 2024 sind zwei Ereignisse hervorzuheben. Am 22. September verabschiedete die Generalversammlung einen umfangreichen «Zukunftspakt», der 56 Ziele für die «Bewältigung der aktuellen globalen Herausforderungen» formuliert. Der Pakt ist formal gesehen zwar unverbindlich, hat aber faktisch doch präjudizierende Wirkung für die Mitgliedsstaaten und greift damit in die staatliche Souveränität dieser Staaten ein – zugunsten von «Global governance». Der «Zukunftspakt», der unter der Federführung von Deutschland und Namibia ausgehandelt wurde, wurde mit 143 (von 193) Stimmen angenommen. Er bedarf einer genaueren Analyse, die auch die kritischen Stimmen ernsthaft mit einbezieht.

Ein zweites wichtiges Ereignis war die Gründungsversammlung der Gruppe «Freunde des Friedens» zur Ukraine-Krise am 27. September auf Einladung Chinas und Brasiliens. An dieser Versammlung nahmen Vertreter von rund 20 Staaten teil, darunter auch die drei europäischen Länder Ungarn, Frankreich und die Schweiz.

Grundlage für die Arbeit der «Freunde des Friedens» ist ein chinesisch-brasilianischer Sechs-Punkte-Plan vom 23. Mai 2024 (siehe Kasten), der an vorhergehende Initiativen Chinas anknüpft. Wir dokumentieren zudem einen Bericht von der Internetseite der Regie-



Treffen der Gruppe «Freunde des Friedens» in den Räumen der Vereinten Nationen in New York am 27. September 2024. (Bild zvg)

rung der Volksrepublik China, der die Bemühungen Chinas und anderer Länder für einen Frieden in der Ukraine darlegt.

Wolodimir Selenski aus der Ukraine, der ebenfalls die Generalversammlung besuchte und dort für seinen «Siegesplan» warb, kritisierte die Bemühungen Chinas und Brasiliens. Ablehnend äusserte sich auch der scheidende Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg.¹ Russlands Präsident Wladimir Putin, so wurde berichtet², soll sich hinge-

gen im Vorfeld der Gründungsversammlung in New York positiv zum Sechs-Punkte-Plan geäussert haben.

Interessant ist die Teilnahme Frankreichs und der Schweiz an der Gründungsversammlung. Aus dem Schweizer Departement für Auswärtige Angelegenheiten (EDA) ist sogar zu hören, die Schweiz unterstütze nun – nach anfänglicher Ablehnung – den Sechs-Punkte-Plan.³ Bislang haben beide Länder ganz die Nato- und EU-Linie mitgetragen.

Die Reaktion des russischen Aussenministers Sergej Lawrow auf die Nachricht von der Teilnahme beider Länder an der Gründungsversammlung ist deshalb nachvollziehbar: «Das einzige, was ich nicht verstehe, ist, wie die Franzosen und die Schweizer zu dem Treffen gekommen sind. Die Schweizer kann man nicht mehr als neutral bezeichnen [...]. Die Franzosen sind Nato-Mitglieder, setzen sich eifrig für die Ukraine ein, fordern den Sieg über die Russische Föderation, liefern Langstreckenwaffen.»⁴

Welche Absichten Länder wie Frankreich oder die Schweiz tatsächlich haben, muss an dieser Stelle offenbleiben. Sicher ist aber: Die «Menschlichkeit der Menschheit» hat ein hervorragendes Interesse daran, den Krieg zu beenden. Ohne faule Kompromisse!

¹ <https://www.turkiyetoday.com/world/stoltenberg-urges-turkiye-other-nato-states-to-back-ukraines-peace-plan-not-chinas-59857/> vom 1.10.2024

² <https://www.merkur.de/politik/verhandlungen-gesprache-china-kiew-friedensplan-ukraine-krieg-putin-russland-frieden-zr-93300320.html> vom 16.9.2024

³ <https://www.berliner-zeitung.de/news/ukrainekrieg-schweiz-unterstuetzt-chinesisch-brasilianischen-friedensplan-kiew-enttauscht-li.2258413> vom 29.9.2024

⁴ zit. nach <https://eadaily.com/en/news/2024/09/28/lavrov-did-not-understand-france-and-switzerland-asked-for-a-meeting-of-friends-of-the-world-in-ukraine> vom 28.9.2024

Gruppe «Freunde des Friedens» zur Ukraine-Krise bei den Vereinten Nationen gegründet

Am 27. September 2024 Ortszeit fand im UN-Hauptquartier in New York ein Ministertreffen der Gruppe «Freunde des Friedens» zur Ukraine-Krise statt. Den gemeinsamen Vorsitz führten das Mitglied des Politischen Büros des Zentralkomitees der KPCh und Aussenminister Wang Yi, der brasilianische Aussenminister Mauro Vieira und der Chefberater der brasilianischen Präsidentschaft Celso Nunes Amorim. Vertreter aus 17 Ländern des Globalen Südens waren anwesend, darunter der ägyptische Aussenminister Badr Abdelatty, der indonesische Aussenminister Retno Marsudi, der südafrikanische Minister für internationale Beziehungen und Zusammenarbeit Ronald Ozyy Lamola, die mexikanische Aussenministerin Alicia Bárcena und der sambische Minister für auswärtige Angelegenheiten und internationale Zusammenarbeit Mulambo Haimbe.

Wang Yi sagte: «Wir sind hier mit einem einzigen Ziel zusammengekommen: den Frieden zu suchen.» Die Ukraine-Krise geht in ihr drittes Jahr. Die Kämpfe wüten immer noch, die Gefahr eines Übergreifens der Krise nimmt zu, der Frieden ist noch nicht in Sicht, und die Entwicklung der Lage ist besorgniserregend. Die ursprüngliche Absicht dieses Treffens ist es, mehr Kräfte zu vereinen und die Stimmen zu verstärken, um die Bemühungen der Länder des Globalen Südens zur Förderung eines Waffenstillstands und zur Erreichung eines dauerhaften Friedens zu unterstützen.

Wang Yi wies darauf hin, dass China in der Ukraine-Frage seit jeher eine objektive und unparteiische Position vertritt, Friedensgespräche fördere und sich auf die Seite des Friedens stelle. Präsident Xi Jinping hat die prinzipielle Position der «vier Punkte über das, was getan werden muss» dargelegt, die als grundlegende Leitlinien für Chinas Vorgehen in der Ukraine-Frage dienen. Auf dieser Grundlage hat China das Dokument «Chinas Position zur politischen Beilegung der Ukraine-Krise» veröffentlicht und einen Sondergesandten zur Pendeldiplomatie entsandt. China hat ausserdem gemeinsam mit Brasilien die «sechs gemeinsamen Vereinbarungen» veröffentlicht. Chinas Vorschläge und Vermittlungsbemühungen haben in der internationalen Gemeinschaft, insbesondere in den Ländern des Globalen Südens, ein breites Echo gefunden. Wang Yi betonte, dass sich die Welt bei der Wahl zwischen Krieg und Frieden entschlossen für den Frieden entscheiden müsse. «Je kritischer die Situation

und je ernster die Krise, desto mehr dürfen wir die Hoffnung auf Frieden nicht aufgeben und desto mehr dürfen wir in unseren Bemühungen um Frieden nicht nachlassen.» Der Konflikt in der Ukraine hat schon lange genug gedauert. Wang Yi wies darauf hin, dass die dringende Aufgabe darin bestehe, die Situation zu deeskalieren, und erklärte, China sei bereit, mit Brasilien zusammenzuarbeiten, um erneut zur Einhaltung der «drei Prinzipien» für eine Deeskalation des Konflikts aufzurufen, nämlich keine Ausweitung des Schlachtfelds, keine Eskalation der Kämpfe und keine Provokation durch irgendeine Partei, insbesondere kein Einsatz von Massenvernichtungswaffen und keine Angriffe auf Kern-

kraftwerke und andere friedliche nukleare Einrichtungen. Die internationale Gemeinschaft sollte sich entschlossen auf die Seite des Friedens stellen, die Bedingungen für den Frieden schaffen und die Hoffnung auf den Frieden anstreben.

Bei der Wahl zwischen Versöhnung und Hass ist es wichtig, sich entschlossen für die Versöhnung zu entscheiden. Russland und die Ukraine sind Nachbarn, die immer füreinander da sein werden, und die friedliche Koexistenz ist das gemeinsame Bestreben aller Parteien und die einzig richtige Wahl. Es ist notwendig, die Souveränität, Unabhängigkeit und territoriale Integrität aller Länder zu respektieren, die Ziele und Grundsätze der UN-Charta zu beachten, die legi-

timen Sicherheitsanliegen aller Länder zu würdigen und den legitimen Lebensraum aller ethnischen Gruppen zu gewährleisten. Das russische und das ukrainische Volk haben zusammen in demselben Land gelebt und eine gemeinsame Geschichte geschaffen. Es sollte keine ungelösten Missstände geben, sondern sie sollten zusammenarbeiten, um eine bessere Zukunft zu eröffnen.

Bei der Wahl zwischen Dialog und Konfrontation ist es wichtig, sich entschieden für den Dialog zu entscheiden. Ganz gleich, wie gross die Konflikte oder wie tief die Widersprüche auch sein mögen, letztlich muss alles auf die Schiene des Dialogs und der Verhandlungen zurückkehren. Zu Beginn der vollen Eskalation der Ukraine-Krise standen sowohl Russland als auch die Ukraine kurz vor einer Einigung, die jedoch letztlich scheiterte, und über die Gründe dafür sollte nachgedacht werden. China hofft, dass die beteiligten Parteien die Wiederaufnahme der Friedensgespräche zu einem geeigneten Zeitpunkt in Erwägung ziehen, einander in ihrem Dialog auf halbem Weg entgegenkommen und in ihren Verhandlungen nach Gemeinsamkeiten suchen, während sie ihre Differenzen beiseiteschieben, alle Friedenspläne fair diskutieren und die Schaffung einer neuen Sicherheitsarchitektur fördern.

Wang Yi sagte, dass Brasilien, China, Südafrika, Ägypten, Indonesien, die Türkei und andere Länder als Partner des Globalen Südens, die sich für eine politische Lösung der Ukraine-Krise einsetzen, vereinbart haben, die Initiative «Freunde des Friedens» zur Ukraine-Krise auf der Plattform der Vereinten Nationen zu starten. Bei der «Friends of Peace»-Plattform geht es nicht darum, in dem Konflikt Partei zu ergreifen, sich auf eine Blockkonfrontation einzulassen oder bestehende Plattformen zu ersetzen. Sie hoffen, dass die Vereinten Nationen mehr Länder des Globalen Südens zusammenbringen und objektivere, ausgewogenere und rationalere Stimmen entsenden, um die Voraussetzungen für einen Waffenstillstand, ein Ende der Feindseligkeiten und die Wiederaufnahme von Friedensgesprächen zu schaffen. Die Plattform «Friends of Peace» ist offen und begrüsst den Beitritt weiterer gleichgesinnter Länder, insbesondere der Länder des Globalen Südens.

Gemeinsame Absprachen zwischen China und Brasilien zur politischen Beilegung der Ukraine-Krise

Am 23. Mai 2024 traf Seine Exzellenz Wang Yi, Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der KPCh und Aussenminister Chinas, mit seiner Exzellenz Celso Amorim, dem Chefberater des brasilianischen Präsidenten, in Peking zusammen. Beide Seiten führten einen ausführlichen Meinungsaustausch über die politische Beilegung der Krise in der Ukraine, riefen zur Deeskalation der Situation auf und erzielten die folgenden gemeinsamen Vereinbarungen:

1. Beide Seiten rufen alle relevanten Parteien auf, drei Prinzipien zur Deeskalation der Situation zu beachten, nämlich keine Ausweitung des Schlachtfelds, keine Eskalation der Kämpfe und keine Provokation durch irgendeine Partei.

2. Beide Seiten sind der Ansicht, dass Dialog und Verhandlungen die einzige praktikable Lösung für die Ukraine-Krise sind. Alle Parteien sollten die Voraussetzungen für die Wiederaufnahme eines direkten Dialogs schaffen und auf eine Deeskalation der Lage bis zur Verwirklichung eines umfassenden Waffenstillstands drängen. China und Brasilien unterstützen eine internationale Friedenskonferenz, die zu einem angemessenen, sowohl von Russland als auch von der Ukraine anerkannten Zeitpunkt abgehalten wird und an der alle Parteien gleichberechtigt teilnehmen und eine faire Diskussion über alle Friedenspläne stattfindet.

3. Es müssen Anstrengungen unternommen werden, um die humanitäre Hilfe für die betroffenen Regionen zu verstärken und eine humanitäre Krise grösseren Ausmasses zu verhindern. Angriffe auf Zivilisten oder zivile Einrichtungen müssen vermieden werden, und Zivilisten, einschliesslich Frauen und Kinder, sowie Kriegsgefangene müssen geschützt werden. Die beiden Seiten unterstüt-

zen den Austausch von Kriegsgefangenen zwischen den Konfliktparteien.

4. Der Einsatz von Massenvernichtungswaffen, insbesondere von Atomwaffen sowie chemischen und biologischen Waffen, ist abzulehnen. Es müssen alle möglichen Anstrengungen unternommen werden, um die Verbreitung von Kernwaffen zu verhindern und eine nukleare Krise zu vermeiden.

5. Angriffe auf Kernkraftwerke und andere friedliche kerntechnische Anlagen müssen abgewehrt werden. Alle Parteien sollten das Völkerrecht einschliesslich des Übereinkommens über nukleare Sicherheit einhalten und von Menschen verursachte nukleare Unfälle entschlossen verhindern.

6. Die Aufteilung der Welt in isolierte politische oder wirtschaftliche Gruppen sollte abgelehnt werden. Beide Seiten rufen dazu auf, die internationale Zusammenarbeit in den Bereichen Energie, Währung, Finanzen, Handel, Lebensmittelsicherheit und Sicherheit kritischer Infrastrukturen, einschliesslich Öl- und Gaspipelines, optischer Unterseekabel, Strom- und Energieanlagen sowie Glasfasernetze, zu verstärken, um die Stabilität der globalen Industrie- und Lieferketten zu schützen.

Beide Seiten begrüssen es, dass die Mitglieder der internationalen Gemeinschaft die oben genannten gemeinsamen Vereinbarungen unterstützen und billigen und gemeinsam eine konstruktive Rolle bei der Deeskalation der Situation und der Förderung von Friedensgesprächen spielen.

Quelle: <https://www.gov.br/planalto/en/latest-news/2024/05/brazil-and-china-present-joint-proposal-for-peace-negotiations-with-the-participation-of-russia-and-ukraine> vom 23.5.2024

(Übersetzung Zeit-Fragen)

Quelle: https://www.mfa.gov.cn/eng/wjzbzd/202409t20240929_11500459.html vom 28.9.2024

(Übersetzung Zeit-Fragen)

Das «Paxmal» von Karl Bickel – ein Friedensdenkmal

von Gabrielle Ege

Um das «Paxmal» zu erreichen, gibt es verschiedene Möglichkeiten. Täglich fährt ein Bus zur Reha-Klinik Walenstadtberg. Zu Fuss ist, immer ansteigend, das Ziel in rund einer guten Stunde erreicht. Oder man fährt mit dem Auto von Walenstadt bis zum Parkplatz Schrina Hochrugg. Von dort sind es etwa 10 Minuten zu Fuss zum «Paxmal». Wer es sportlicher haben möchte, kann direkt von Walenstadt hinaufsteigen.

Schon immer wollte ich dieses aussergewöhnliche Kunstdenkmal besuchen. Verlockend war auch, das Ganze mit einer Wanderung zu verbinden. Beim Aufstieg von der Klinik Walenstadt kann man die herrliche Landschaft geniessen, mit der Sicht ins Tal zum Walensee und hinauf zu den stolzen Churfürsten. Am Ziel angekommen, ist die Überraschung gross. Die Grösse, der Blick auf das Denkmal sind überwältigend. Je mehr man sich nähert und genauer hinschaut, wird das Anliegen des Künstlers *Karl Bickel* immer deutlicher. Das «Paxmal», Friedensdenkmal von Walenstadtberg, ist ein einzigartiges, dem Humanismus gewidmetes Kunstwerk. Es ist eine grosse schöpferische Leistung.

Der Künstler hat dieses Denkmal als Symbol für den Frieden geschaffen. «Dem Paxmal liegt der Urgedanke des Friedens für jeden und alle zugrunde. Es ist keine Kultstätte, sondern ein stiller, friedlicher Ort für innere Sammlung, Einkehr und Meditation. Einer Meditation über uns selbst und unsere Gesellschaftsformen, zwecks Läuterung und neuen Erkenntnissen, wie wir als nützliches Glied der Gemeinschaft dem Sein einen Sinn geben können.»¹

Das «Paxmal» liegt hoch oben, über dem tiefblauen Walensee und unterhalb der Steilwände der Churfürsten, die in den Himmel ragen. Karl Bickel gelang es, die Friedensstätte mit der herrlichen Landschaft zu vereinen.

Vorgeschichte und Biographisches

Aber wie kam es zur Errichtung des Friedensmals auf Schrina Hochrugg (1289 Meter ü. M.)



Eingang zum Paxmal. (Bilder ge)

von Walenstadtberg? 1912 reiste der junge, aus Zürich stammende Grafiker nach Italien, wo ihn die monumentalen Skulpturen *Michelangelos* in Florenz nachhaltig beeindruckten. Kurz darauf (1913) erkrankte Karl Bickel schwer an Tuberkulose. Die Krankheit war so stark fortgeschritten, dass kaum noch Aussicht auf Heilung bestand. In der Folge musste er dreizehn Monate im Lungensanatorium in Walenstadtberg verbringen.

Nicht nur die unmittelbare Bedrohung des eigenen Lebens, sondern auch der Ausbruch des Ersten Weltkrieges prägten Karl Bickel nachhaltig. Auch der Arbeiteraufstand 1918 in Zürich bewirkten in ihm einen Sinneswan-

del. Er versprach, falls er von seiner schweren Krankheit geheilt würde, dem Frieden ein Denkmal zu setzen, um seinem Leben einen Sinn zu geben. Es war wie ein Wunder, dass er überlebte. Als Dank für seine Genesung arbeitete er an seiner Vision, einen «Friedens-tempel zu schaffen, einen Ort des Friedens für alle Menschen». Noch auf dem Krankbett entstanden, mit Hilfe von medizinischen Lehrbüchern, einige Entwürfe für die Bilder an der linken Wand des Monumentes. Bickel war ein überzeugter Menschenfreund, was in seinem Werk zum Ausdruck kommt.

In 25 Jahren, zwischen den Jahren 1924 bis 1949, lebte er auf der Schrina Hochrugg. Während der Sommermonate arbeitete er unter materiellen und gesellschaftlichen Entbehrungen an seinem «Paxmal», nahezu ohne fremde Hilfe und mit grosser Selbstdisziplin. In dieser Zeit lebte er mit seiner Familie im Dachgeschoss des Bauwerks und im damals verglasten Untergeschoss, das er als Atelier benutzte.

Während der Arbeit am «Paxmal» schuf Bickel in minutiöser Kleinarbeit mit der Mosaiktechnik reliefartige wunderbare, übergrosse Menschengestalten. Seine Idee war, das Wesen des Menschen zu erfassen und darzustellen. Sein zentrales Anliegen war die Frage nach einer idealen Gesellschaft, dem Lebenszyklus des Menschen, der Entwicklung des Individuums und dessen Beitrag für die Gesellschaft.

Die Tätigkeit als Grafiker und Markenstecher ermöglichte ihm den Bau des «Paxmals». Vor allem verblüfft das Bauwerk heute diejenigen Besucher, die Karl Bickel noch als Meister des Kleinformatigen kennen. Er war einer der bedeutendsten Briefmarkengestalter der Schweiz.

Aussenbereich und Halle des Paxmals

Der Aussenbereich des Tempels ist von zwei 16 Meter langen Seitenflügelmauern eingefasst. Dazwischen liegt ein grosses, quadratisches Wasserbecken, in dem sich die Landschaft spiegelt. Auch hier kommt Bickels Vision der Einheit des Menschen mit der Natur, die Lebenselemente und die vielfältigen Spiegelungen seiner Umwelt zu einer sinngemässen Harmonie zum Ausdruck. Wenn man vor dem Tempelgebäude steht, führt eine Treppe direkt ins Zentrum zur Säulenhalle. In die Säulen sind Tier- und Pflanzendarstellungen eingraviert. Auf dem Dachgiebel, dem Tympanon, steht in grossen in Stein gehauenen Buchstaben «Pax», das heisst Friede auf Lateinisch. Auf einem der sechs Pfeiler steht die Huldigung an: «Den umfassenden und guten Menschen».

In sechs Mosaik-Bildern stellt Karl Bickel auf der linken Seitenmauer mit überlebensgrossen Menschengestalten das erdverbundene, körperliche Leben dar: «Das Prinzip der Menschwerdung. Das ist das Leben – Mann und Frau –, das sich auf der ganzen Welt gleich abspielt», wie es Karl Bickel in einem Fernsehbeitrag von 1966 ausdrückte. Die Bilder zeigen «Mann und Weib – Begegnung – das Paar – die Zeugung – die Erwartenden – das Kind». In der Verlängerung der linken Seitenwand sind in der Halle als Fortsetzung des entstehenden Lebens «Die Familie» und «Die kleine Gemeinschaft» abgebildet.

Die rechte Seitenwand ist dem geistigen Leben gewidmet. Bickel drückt es wie folgt

aus: «Jetzt kommt als zweites Prinzip, das schwerer durchzuführen ist, das Prinzip der Menscherhaltung, und das grosse Geschehen geht alle etwas an (die Erhaltung und Zeugung), in einen bedeutenden Rahmen zu stellen, es in die Natur einzubauen.» Die Bilder zeigen: «die Erwartenden – die Ringenden – die Erwartenden – der Empfangende – die Schauenden – die Aufgehenden». Die rechte Seitenwand endet mit ihrer Verlängerung in der Halle mit den Worten «Der grossen Gemeinschaft», «Der Arbeitsgemeinschaft», «Recht». In der linken unteren Ecke ist eine sitzende Figur – eine Selbstdarstellung – zu entdecken, die eine Tafel hält mit den Worten «Gemeinschaft, Arbeit, Recht» als Aufschrift. In der Halle ist nicht nur der Künstler selbst abgebildet, sondern es muss sich auch um reale Personen handeln: seine spätere Frau, sein Sohn, seine Eltern, *Johann Heinrich Pestalozzi*, *Carl Spitteler*, *Ferdinand Hodler* und andere.

Das Mittelbild in der Halle stellt das «Alter als Vollendung», den friedlichen Lebensabend, Lebenserfüllung und Gemeinschaftsbildung dar. Es ist ein sitzendes, älteres Ehepaar abgebildet, wahrscheinlich Karl Bickel und seine Frau.



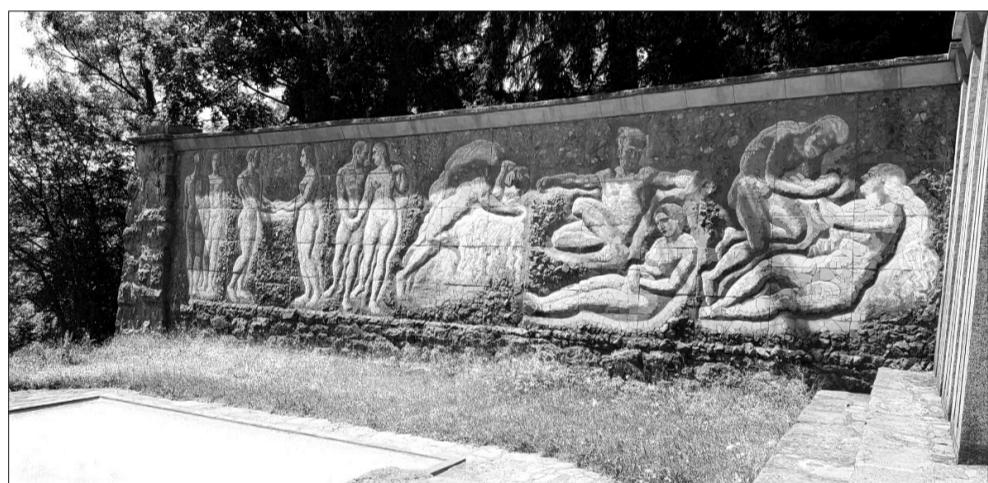
Selbstbildnis mit Tafel.

Karl Bickel ist es ausgezeichnet gelungen, in seinen Menschengestalten das Körperliche, den Gesichtsausdruck und die Gemütsverfassung eines Menschen mit kleinen, getönten Mosaiksteinchen lebendig und gross darzustellen. Diese Mosaikfiguren können ihre Vorbilder, *Michelangelo* und *Hodler*, nicht leugnen. Karl Bickels Kunstwerk wurde eine Botschaft für alle Menschen und ein bleibendes Friedensdenkmal. Gerade in Zeiten des Krieges hat ihn das Thema Mensch und Frieden sehr beschäftigt.

Quellen:

Material der *Karl Bickel-Stiftung*
Museum: www.museumbickel.ch
Gönnerverein

¹ Es lohnt sich, einige Kurzfilme von *Schweizer Fernsehen DRS, Antenne* (1966), *10 vor 10* (1982) oder *Der Briefmarkensteher* (2002) anzuschauen. Alle Zitate sind aus dem 1966 ausgestrahlten Kurzfilm von *Antenne des Schweizer Fernsehens DRS*.



Linke Seitenflügelmauer des Paxmals.

Karl Bickel 1886–1982

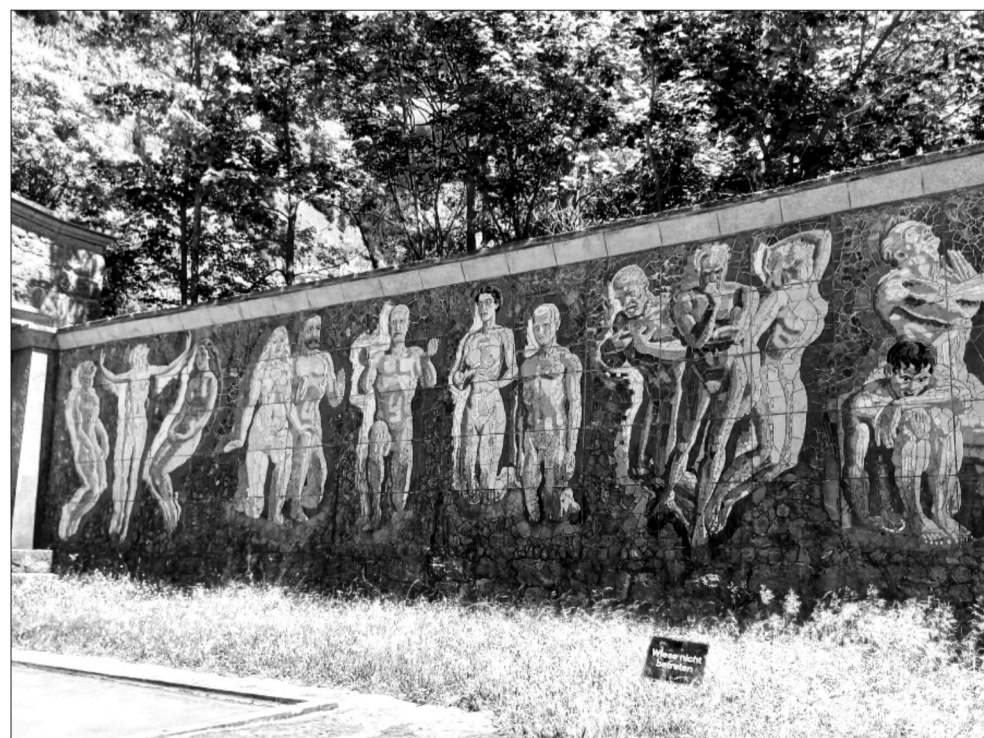
ge. *Karl Bickel* war ein bekannter Schweizer Künstler, Grafiker, Markenstecher und einer der bedeutendsten Briefmarkengestalter der Schweiz. Von den fünfhundertfünfzig Entwürfen, die er seinem grössten Arbeitgeber, der damaligen schweizerischen PTT, vorlegte, setzte er hundert selber um, ritzte die Motive unter dem Mikroskop in die stählernen Druckvorlagen – Millimeter für Millimeter, Linie für Linie. In seiner mehr als vierzigjährigen Tätigkeit als Markenstecher prägte er entscheidend die Erscheinung der schweizerischen Briefmarken, der Porträtmarken, Pro-Juventute-Marken und die Friedensmarke am Ende des Zweiten Weltkrieges. *Pestalozzi* war seine Lieblingsmarke. Sie machten ihn im In- und Ausland bekannt. Damit erlangte er Weltruhm. Karl Bickel war nicht nur ein bekannter Stahlstecher, sondern hat auch zahlreiche andere Kunstwerke geschaffen. Im Jahre 1966 erhielt er den *Sarganser Kulturpreis*.

Auch seine Plakatkunst darf zu den Pionier- und Glanzleistungen der helvetischen Gebrauchsgrafik gezählt werden. Er schaffte in der Blütezeit des Schweizer Plakates, in den 1910er und 1920er Jahren, zahlreiche lithografierte Künstlerplakate für die im Aufschwung begriffenen Wirtschaftszweige wie Mode, Tourismus oder die Schokoladen-Industrie. Neben dem Briefmarkenwerk hinterliess er zahlreiche



Werke, Zeichnungen, Ölbilder und plastische Arbeiten. Er war ein Multitalent.

An dem Ort, wo ihm einst sein zweites Leben geschenkt wurde, starb er im Alter von 96 Jahren. Er hatte auch Pläne zur Errichtung eines Museums in der Nähe des «Paxmals». Im Jahre 2002, zwanzig Jahre nach seinem Tod, wurde das Museum im Zentrum von Walenstadt eröffnet. Dort finden pro Jahr zwei Ausstellungen statt. «Die Zeugung und die Erhaltung des Gezeugten geht alle an [...]. Es soll jedem und allen frei zugänglich sein. Das Werk dient jedermann, wie auch die Briefmarken jedermann dienen.» Das sagte er im Beitrag des Schweizer Fernsehens DRS (Kurzfilm von 1966 in der Sendereihe *Antenne*), als er seinen achtzigsten Geburtstag feierte. Er übergab der PTT der schweizerischen Eidgenossenschaft sein Kunstwerk, das «Paxmal», als Geschenk. 2016 überliess die *Postimmobilien AG* das «Paxmal» der *Karl Bickel Stiftung*.



Rechte Seitenflügelmauer des Paxmals.